

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

292 (13.12.1913) Erstes Blatt

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Bogenzeitung monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 P.; am Postamt 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die Spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinserte billiger. Schluss d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gess & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 20 Seiten.

Die ersten Opfer von Zabern.

Das auf kaiserlichen Befehl beschleunigte kriegsgerichtliche Verfahren wegen der Vorgänge von Zabern hat seine ersten Opfer gefordert. Am 11. Dezember sind drei elendliche Rekruten, einer zu sechs, die beiden andern zu drei Wochen Mittelarrest verurteilt worden. Dieses Urteil gehört nicht zu denen, bei deren Bekanntwerden das beleidigte Rechtsgefühl des Volkes wegen der Härte der verhängten Strafen entriestet aufschreit. Aber daß eine Verurteilung überhaupt möglich war, und daß gerade die Rekruten als die ersten in die Fänge der Militärjustiz geraten mußten, weil einem gleichwohl nicht in den Kopf. Die drei Angeklagten sind verurteilt worden, weil sie über die infamen Redensarten des Leutnants v. Forstner wahrheitsgemäße Mitteilungen in die Öffentlichkeit hatten gelangen lassen. Durch ihre Verurteilung wird der militärische Rechtsgrundstoß proklamiert: Wahrheit ist der Hund, der ins Loch muß!

Das Urteil stützt sich auf zwei Paragraphen des Militärstrafgesetzbuchs, die ähnlich im Zivilstrafgesetz nicht zu finden und auch nicht denkbar sind. Sie beziehen sich ausschließlich auf die militärische Disziplin und betreffen den Ungehorsam gegen einen dienstlichen Befehl und die Unterschreitung der Befehlsbefugnisse. Der zweite dieser Paragraphen konnte nur gegen einen der drei Angeklagten und auch gegen diesen nur auf Grund einer recht gekünstelten Interpretation herangezogen werden. Denn tatsächlich war ja von einer gemeinsamen Verurteilung oder Verurteilung gar nicht die Rede; eine solche zu erlassen lag nicht im entferntesten im Absicht der Soldaten. Daß diese dem redaktionellen Redakteur des „Volkshfreund“ ihre Unterschriften für eine Erklärung gaben, in der sie die beschimpfende Äußerung des Forstner über die französische Fahne wahrheitsgemäß bestätigten, war eine Unvorsichtigkeit, zu der der Redakteur sie nicht hätte verleiten sollen. Die Veröffentlichung dieser Erklärung durch den „Volkshfreund“ geschah ohne ihre Absicht und stellt sich als ein Vertrauensbruch der Redaktion dar, der verwerflich bleibt, auch wenn die Unterschriften, wie es selbstverständlich geschah, fortgelassen wurden. Bei einer sozialdemokratischen Redaktion hätten die Soldaten auf viel strengere Disziplin rechnen dürfen.

bleibt der Ungehorsam gegen einen Befehl in Dienstjahren. Dieser Befehl, die Wahrheit nicht ans Licht des Tages kommen zu lassen, war von dem Obersten v. Reutter allerdings erteilt worden, und gegen ihn haben die Soldaten verstoßen. Das Unrecht im formalen Sinn des Militärstrafgesetzbuchs liegt also hier auf Seiten der Soldaten, auf welcher Seite aber das ganz anders zu beurteilende moralische Unrecht liegt, ist eine andere Frage.

Nachdem an die Soldaten das Rebeverbot ergangen war, erschien nämlich eine offiziöse Verlautbarung, die auf eine Aussage der Beschuldigten selbst gestützt, erklärte, daß der Leutnant v. Forstner die ihm zugeschriebene beschimpfende Äußerung über die französische Fahne nicht getan habe. Es lag also ein Versuch vor, die Wahrheit zu verleugnen, und für das Gelingen dieses Versuches war es eine notwendige Voraussetzung, daß die Soldaten reinen Mund hielten. Die Soldaten haben in der Zeitung, es sei nicht wahr, daß der Leutnant gesagt habe: „Auf die französische Fahne dürft ihr nicht...“ sie wußten, daß es dennoch wahr war, aber man hatte ihnen verboten, das zu sagen. Der Reutter der Soldaten vor ihren Vorgesetzten konnte schwerlich dadurch gesteuert werden, daß man sie zu gezwungenen Mitschuldigen einer wahrheitswidrigen Behauptung machen wollte. Und wenn sich ihr sittliches Empfinden gegen solchen Zwang auflehnte, so bricht das sicherlich nicht zu ihren Ungunsten.

Man begreift unter solchen Umständen auch den Zorn des Obersten v. Reutter, der sich diesmal noch als Zeuge an die Luft des kriegsgerichtlichen Verhandlungsraumes gewöhnen durfte. Herr v. Reutter, ein Falkenhahn im Kleinen, hat zu seinem alten Ruhm einen neuen gefügt, als er auf die Frage des Verteidigers, ob sein Schweißbefehl im Parolebuch eingetragen worden sei, die soldatisch gemessene Antwort gab: „Was der Oberst vor der Front sagt, ist immer ein Befehl.“ Das mag in militärischem Sinne wohl stimmen. Im Zusammenhang mit dem angeklagten kriegsgerichtlichen Verfahren gegen den Obersten v. Reutter wird aber die interessante Frage zu erörtern sein, ob militärische Befehle etwa auch dann befolgt werden müssen, wenn sie gegen die Gesetze verstoßen. Man erinnert sich an den klassischen Fall des falschen Hauptmanns von Köpenick, der mit militärischer Hilfe einen Bürgermeister gefangen nehmen und die Gemeindefasse ausplündern konnte, weil die Soldaten glauben, einem Mann in Offiziersuniform seien sie unter allen Umständen Gehorsam schuldig. Damals hat man die Frage, ob denn die Soldaten verpflichtet seien, dem ungesetzlichen Befehl eines echten Vorgesetzten zu gehorchen,

mit der Erklärung abgetan, ein wirklicher Vorgesetzter erlasse keine ungesetzlichen Befehle. Das war zu Zeiten des falschen Hauptmanns von Köpenick. Doch wir leben im Zeitalter des echten Obersten von Zabern, der zwar keinen Bürgermeister entführte, aber einen Amtsgerichtsrat in den Bandenrennen sperren ließ.

Es ist überflüssig zu sagen, daß der Oberst v. Reutter keineswegs, wie die Angeklagten, aus dem Untersuchungsgefängnis vorgeführt wurde. Er steht ja sogar noch an der Spitze des Regiments. Unsichtbar blieb der kleine Kriegsheld, der Bades erstickt und auf die französische Fahne... Welche Genugtuung wird der beleidigten französischen Armee zuteil werden, nachdem die Stechprämie auf Bades mit fünf Tagen Stubenarrest gelöhnt worden ist.

Fünf Tage Stubenarrest auf der einen Seite — zwölf Wochen Mittelarrest auf der andern. So steht die Rechnung bis jetzt. Warten wir ab, was das milder, beschleunigte kriegsgerichtliche Verfahren gegen die Offiziere dazu beitragen wird, um die Waage der Gerechtigkeit wieder ins rechte Lot zu bringen!

Frankreichs neue Regierung und die Berner Konferenz.

Während die alldeutsche Presse noch immer an der Lüge festhält, daß das französische Volk in erbitterter Feindschaft gegen Deutschland den Tag der Vergeltung erwarte, hat sich in Frankreich eine Regierung gebildet, die mehr als irgend eine ihrer Vorgänger geneigt ist, zum deutschen Reich in ein friedlich-freundschaftliches Verhältnis zu treten. Wir begrüßen in der neuen französischen Ministerliste einige gute Bekannte von der Berner Konferenz.

Der Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen Gaston Doumergue hat zwar an der Konferenz nicht teilgenommen, er hat aber in einem sympathischen Entscheidungsschreiben bedauert, daß seine ursprüngliche Absicht der Teilnahme durch widrige Umstände vereitelt wurde. Ebenso hat der Vorsitzende der radikalen Partei und jetzige Finanzminister Caillaux der Konferenz ein Glückwunschschreiben gesendet. Es ist derlei Caillaux, der als Ministerpräsident zur Zeit der Parokoffrie sich als energischer Freund des Friedens bewährt hat. Teilnehmer des Kongresses waren der neue Minister des Innern, Renaux, und der Arbeitsminister Metin. Beide waren auch Mitglieder des Redaktionsausschusses, sie saßen dort mit den deutschen Deputierten zusammen und verfaßten mit ihnen gemeinsam die berühmte Berner Resolution vom 11. Mai 1913, deren Wortlaut wir zur Erinnerung hier folgen lassen:

Die erste Konferenz der deutschen und französischen Parlamentarier, versammelt zu Bern am 11. Mai 1913, wendet sich mit aller Entschlossenheit gegen die verwerflichen chauvinistischen Exerzieren jeder Art und gegen die fränsischen Treibereien, die auf beiden Seiten der Grenze den gesunden Sinn und die Liebe der Bevölkerung zum Vaterlande irre zu führen drohen.

Sie weiß und verkündet, daß die beiden Völker in ihrer ungeheuren Mehrheit den Frieden wollen, diese oberste Bedingung jeden Fortschritts.

Sie verpflichtet sich, unermüdet daran zu arbeiten, daß Mißverständnisse zerstreut und Konflikte vermieden werden, und sie dankt von Herzen der vom Volke gewählten Vertretung Elsaß-Lothringens, daß sie durch ihre einstimmigen hochherzigen Erklärungen die Annäherung beider Länder zu einer wertvollen Gemeinschaft der Zivilisation erleichtert hat.

Sie läßt ihre Mitglieder ein, mit aller Kraft auf die Regierungen der Großmächte zu wirken, daß sie eine Beschränkung der Ausgaben für Heer und Flotte herbeiführen. Die Konferenz tritt warm ein für den von dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten, Bryan, in der Schiedsgerichtsfrage gemachten Vorschlag. Sie fordern demgemäß, daß Konflikte, die zwischen den beiden Staaten entstehen könnten, und die auf diplomatischem Wege nicht zu schlichten sein sollten, dem Gaager Schiedsgericht unterbreitet werden. Sie zählt auf ihre Mitglieder, daß sie in diesem Sinne eine tatkräftige und nachhaltige Wirksamkeit entfalten werden.

Sie ist überzeugt, daß eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich die Verständigung zwischen den großen Mächtegruppen erleichtert und damit die Grundlage für einen dauernden Frieden schaffen werde.

Sie beschließt, daß ihr Präsidium sich als ständiges Komitee konstituiert mit dem Recht beiderseitiger Rekooptation.

Sie gibt dem Komitee zugleich den Auftrag, neue Konferenzen periodisch oder, je nach den Umständen, unregelmäßig einzuberufen.

Insgesamt nahmen an der Konferenz 185 Mitglieder der französischen Kammer und des französischen Senats teil — gegen nur 41 deutschen Reichstagsabgeordneten — und zum großen Teil rekrutierten sich diese französischen Teilnehmer aus der nun wieder zur Regierung gelangten radikalen Partei. Es darf in diesem Zusammenhang auch daran erinnert werden, daß diese Partei auf ihrem letzten Kongreß zu Paris unter stürmischem Beifall eine Resolution angenommen hat, die das Bestreben der Berner Konferenz billigt und ihm Erfolg wünscht.

Am letzten Mittwoch ist in Paris und in Berlin die Konstituierung der ständigen Komitees erfolgt. Die Zu-

sammensetzung des deutschen Komitees ist durch die vorläufige Mitteilung eines Berliner Blattes schon am Donnerstag bekanntgegeben worden, während eine gleichzeitige Veröffentlichung in Paris und Berlin für den Samstag geplant war.

Die Zeit ist günstig, um die Bestrebungen zur Wiedervereinigung der beiden großen Völker mit verdoppeltem Eifer aufzunehmen. Die Zusammensetzung der französischen Regierung ist für diese Bestrebungen außerordentlich günstig. Wir wären froh, wenn wir von der deutschen Regierung dasselbe sagen könnten!

Deutsche Politik.

Afritanische „Erfolge“ des Generals Deimling.

Der durch die Zaberner Vorgänge erneut berühmt gewordene „Besieger“ der Hereros, General von Deimling, schilderte in einer Versammlung zum besten des Militär-Frauenvereins, die im Straßburger Sängersaal stattfand, selbst die seinerzeit erfolgte Massenabschlachtung der Eingeborenen in Deutsch-Südwestafrika. In dem 2 1/2 stündigen Vortrage, dem der kaiserliche Statthalter Graf von Wedel beizuhöhen, bezifferte General von Deimling die Zahl der Hereros zu Beginn des Aufstandes im Jahre 1904 auf 60 000 Seelen, eine Zahl, die „nach den verlustreichen Schlachten bis auf 20 000 heruntergegangen“ sei; wieviel Hottentotten neben den 40 000 Hereros abgeschlachtet wurden, sagte der General nicht, er stellte nur fest, daß „auch die Zahl der Angehörigen dieses Stammes auf 14 000 Mann reduziert worden ist.“ Die Opfer an Blut, welche die deutschen Schutztruppe in „jenen Schlachten unter der afrikanischen Sonne“ erlitt, gab der vortragende General auf 100 Offiziere und 1400 Unteroffiziere und Mannschaften an. Auf einen gefallenen Deutschen kämen hiernach wenigstens 26 abgeschlachte Eingeborene, nur die Hereros allein gerechnet. Ob man bei solcher Massenschlächtere unter vielfach Behrlosten beider Grund hat, stolz zu sein, darüber werden die Meinungen wohl ein wenig auseinandergehen.

Landtagswahl in Neuchâtel.

Der Zweck des Wahlrechtsraubes ist erreicht. Bei der Landtagswahl, die am Mittwoch zum ersten Male unter dem Mehrstimmwahlrecht stattfand, ist im ersten Wahlgang ein einziger Sozialdemokrat gewählt worden, dagegen drangen 10 nationalliberale Reichsbündler und vereint durch. Nur dem Genossen Leven gelang es, mit 150 gegen zusammen 980 Stimmen sein Mandat zu erobern. 4 Sozialdemokraten kommen in Stichwahl. Ob es gelingt, unter alten Verhältnissen von 5 Landtagsabgeordneten wieder zu erlangen, ist sehr fraglich.

Aus der sozialdemokratischen Fraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bestimmte als Redner zum Etat des Innern die Abg. Schmidt-Berlin, Spiegel, Krätzig, Dr. Erdmann und R. Fischer-Berlin. — In die deutsch-französische parlamentarische Verständigungskommission wird an Stelle Bebels Genosse Bernstein delegiert. — In der mecklenburgischen Verfassungsfrage wird die Fraktion eine Interpellation einbringen.

Das Zentrum für eine indirekte Zuchthausvo.lage.

Bei den Debatten der bayerischen Abgeordnetenkammer über die Gewerbeaufsicht erklärte am Donnerstag der christliche Arbeiterführer Oswald sich zwar gegen eine neue Zuchthausvorlage, fügte aber wörtlich hinzu: Wir sind auch der Meinung, daß gegenüber den Bestrebungen des immer wieder hervortretenden Terrorismus, der Ausschaltung von Arbeitswilligen auch solcher, die organisiert sind, mit einer größeren Entschiedenheit entgegen getreten werden muß als bisher. Wenn die Urteile in Bayern, soweit solche Fälle gerichtlich zur Aburteilung gelangten, in dem Maße ausfallen, wie man in Norddeutschland dazu übergegangen ist, dann würde man sich auf manchen Seiten berlegen, ob man diesen Terrorismus fortzusetzen noch gewillt ist. Ich bin der Meinung, daß es kein wirksameres Mittel geben könnte, als wenn unsere Kaufleute, an die Anforderungen gestellt werden, Veranlassung nehmen würden, den Staatsanwalt davon in Kenntnis zu setzen unter Benennung der Personen und wenn dieser dann mit Entschiedenheit eingreifen würde, man etwas zurückhaltender werden dürfte. Darum möchte ich an die Staatsregierung die Bitte richten, soweit sie ihrerseits einen Einfluß geltend machen kann, dafür einzutreten, daß mit dem Arbeitswilligenchutzgesetz vom Jahre 1908 geblieben wird, aber andererseits die gesetzlichen Bestimmungen in allen zulässigen Formen denen gegenüber angewendet werden, die versuchen, die in Terrorismus und die Gewalt anderen gegenüber auszuüben.

Mit solcher Schärfe ist im bayerischen Landtag noch niemals der Schutz der Arbeitswilligen und die kriminelle Verfolgung des Koalitionsrechtes gefordert worden. Es gibt keine andere Erklärung für diese christliche Koalitionsbegehr, als daß die Leiter der christlichen Gewerkschaften unter dem Zwange des päpstlichen Reichsverbots ihre Organisationen nur noch für Verbände von Arbeitswilligen halten. Die „Staatszeitung“ sagt denn auch den Inhalt der Oswald'schen Neuhermaen sehr zutreffend...

Obwohl habe sich gegen ein direktes Arbeitswilligensgesetz ausgesprochen. Das Zentrum will in der Tat vorläufig indirekt auf dem klerikalen Verwaltungswege einen Ausnahmezustand für die freien Gewerkschaften erreichen. Später, wird es dann für eine Verjüngung des allgemeinen Strafsystems eintreten.

Der „Bombenwurf“ der Streikenden.

Die von der bürgerlichen Presse feierlich als Maßlose aufgebaute Tat des Schiffbauers Otto Bettke, der während des Schiffsstreiks im Frühjahr dieses Jahres auf der Königsbrücke in Magdeburg Streikposten stand und bei der Gelegenheit am 24. April frühmorgens eine Sprengpatrone auf den die Brücke passierenden Schlepddampfer „Magdeburg“ warf, war am Mittwoch Gegenstand der Verhandlung vor dem Schwurgericht Magdeburg. Die Strafkammer hatte sich bekanntlich vor einigen Wochen für unzulänglich erklärt, weil der Angeklagte ihr verächtlich erschien, sich gegen den § 5 des Sprengstoffgesetzes vergangen zu haben, indem er vorsätzlich durch Anwendung von Sprengstoff Gefahr für das Eigentum, die Gesundheit oder das Leben eines anderen herbeigeführt habe.

Auf dieses Verdict lautete nunmehr auch die Anklage vor dem Schwurgericht. Die Beweisführung brachte keinerlei neue Momente. Sie ergab, daß der Angeklagte die auf dem Krupp'schen Schießplatz bei Tangerhütte aufgelegene Patrone für eine harmlose Leuchtpatrone gehalten hatte. Nichts wurde für die Annahme vorgebracht, daß es sich um einen „schweren Streiferech“ gehandelt hat. Der Sachverständige, Oberleutnant a. D. Schult, Vorsteher des Krupp'schen Schießplatzes, bezeugte wiederum, daß die Sprengpatrone durch nichts zur Detonation hätte gebracht werden können, ob man sie zerlegte, gegen die Wand schleuderte, ins Feuer werfe oder sonst was mit ihr anstellte; nur in Verbindung mit einer Zündpatrone könne ihre Wirkung ausgelöst werden.

Dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß erkannte das Gericht auf neun Monate Gefängnis, wobei es zwei Monate und 10 Tage der Untersuchungshaft anrechnete. So hart das Urteil auch sein mag, so zeigt es doch, daß das Gericht nicht die Auffassung von einem schweren Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz gehabt hat; denn dann hätte es auf eine viel höhere Strafe erkannt. So schrumpft auch dieser „unerhörte Terrorismusfall“ zusammen und es bleibt nicht viel mehr von ihm übrig als ein leichtsinniger und trücker Dummereignis.

Sachsen will auch kein Arbeitswilligensgesetz.

Der Dresdener Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ will zuverlässig erfahren haben, daß die Nachricht auf Unwahrheit beruhe, wonach die sächsische Regierung im Bundesrat verfallenen Arbeitswilligensgesetz beantragen wolle. Die sächsische Regierung habe bisher in dieser Frage überhaupt noch keinen Beschluß gefaßt.

Badische Politik.

Die erste Kammer

Stimmte in ihrer gestrigen Sitzung, die um 11 Uhr begann und zu der auch die Minister von Bodmann und Rheinboldt erschienen waren, unter dem Vorsitz des Prinzen Max von Baden, einstimmig dem Gesetzentwurf betreffend die Steuererhebung in den Monaten Januar bis mit April 1914 zu, ebenso dem Gesetzentwurf betreffend die Eingemeindung von Rittenweiler in die Stadt Freiburg, die für den 1. Januar 1914 geplant ist. Außerdem wurde das Budget des Ministeriums des Innern, die Geil- und Pflanzanlagen betreffend debattiert und genehmigt und ebenso die Rechnung der ersten Kammer für den Landtag 1911/12.

Prinz Max von Baden schloß die Sitzung — die letzte in diesem Jahre mit den besten Wünschen für die Mitglieder.

Konservative Fidelehauben-Kultur.

Die Konservativen machen sich anheißig, Süddeutschland so nach und nach zu verpreußen, d. h. Anschau-

ungen zu propagieren, die dem demokratischen Empfinden sowohl, wie dem gesunden Menschenverstand ins Gesicht schlagen. Zur Erreichung dieses Zieles gibt Herr Adam Höder seine „Süddeutsche konservativ-korrespondenz“ heraus. Wie im Gehirn dieses konservativen Politikers die öffentlichen Rechtsverhältnisse anlässlich des Zaberener Standesalles ausgedacht werden, haben wir am letzten Dienstag in einem Leitartikel niedergelegt. In der gestrigen Ausgabe der „S. K. K.“ kommt Herr Adam Höder nochmals auf die Sache zu sprechen und bezeichnet das Mißtrauensvotum, das sich Herr Bethmann-Sohlweg im Reichstage geholt hat, als eine „nationale Bloßstellung“. Er meint:

„Es ist nicht nur ein praktisch-gesetzlicher, sondern auch ein rechts-philosophischer Kardinalsatz, daß der Träger öffentlicher Gewalt sich unter allen Umständen zunächst selbst „Recht“ verschafft, wenn dieser Träger angegriffen wird. Jeder Eisenbahnschaffner, Zugführer, Stationsvorsteher verschafft sich zunächst selbst Recht, wenn ein widerpenflicher Fahrgast gegen die Ordnung der Dinge handelt. Dasselbe tut der richterliche Beamte, der Beamte der Verwaltung. Die schließliche Rechtsentscheidung führt das Gericht herbei.“

Träger der Gewalt im eminenten Sinn ist das Militär. Es handelt sich nicht nur um des „Königs Rod“, Will man das auf eine Formel bringen, so handelt es sich beim Militär auch um den Ausdruck des höchsten Machtwortens der Nation, um die vornehmste Repräsentation des nationalen Volkswillens. Das Militär ist die Garde des Königs und die General-Schuhmannschaft des ganzen Reiches und des ganzen Volkes. Die Armee ist gleichzeitig der technisch vollendete Ausdruck des obrigkeitlichen Machtwortens und der obrigkeitlichen Fähigkeit, diesem Machtwortens Geltung zu verschaffen. So ist es klar, daß diese Organisation im höchsten Grade öffentlich respektiert werden muß, daß pöbelhafte Angriffe auf sie eine Verletzung des obersten Kriegesrechts sind, als eine solche der moralischen Volkswilligkeit darstellen. Das Militär hat also ganz zweifellos das Recht, sich so gut wie jeder Schutzmänn, wie jeder Eisenbahnschaffner im gegebenen Fall zunächst selbst Recht zu verschaffen. Denn das Militär ist schon durch seine Inkorporation mit dem Königswillen ein wesentlicher Bestandteil der Obrigkeit. Es tut gerade in der heutigen Zeit mit ihrer Verlotterung, ihrer Disziplinlosigkeit, ihren demokratischen Masseninstinkten für Vererbung und Auflösung aller moralischen Gewalten not, daß der Respekt vor dem Kleid des Soldaten und seinem Schwert unberührt bleibt — ein fester Punkt in der Flucht der Erscheinungen demokratischer Struppelhaftigkeiten.

Daß das Militär in Baden über sein Recht hinausgegriffen — ob dies der Fall ist, muß erst die angeordnete Untersuchung ergeben — so findet sich die Instanz, die die Sache korrigiert. Daß aber die Soldaten das Recht haben, Lärm und Protesten, die sie angreifen, unschädlich zu machen, das muß ein für allemal festgehalten werden. Und wenn dies namentlich in einem Land geschieht, in dem die Soldaten das Bewußtsein haben, sich von einem deutschen, königlichen, nationalen und militärischen Heils beehrt zu sehen, so haben sie dreimal das Recht, sofort gegen die Attentäter einzuschreiten.“

„Echt preußische Fidelehaubenkultur! Und mit einer Partei, die solche geradezu verrieten Anschauungen vertritt, hat sich das badische Zentrum auf Geheiß und Verderben verflücht. Es mag sich jeder die Folgen selbst ausmalen, wenn dieser freche Junkergeist, der aus obigen Zeilen uns mit widerlicher Fratze entgegengrinst, in Baden die Oberhand gewinnen würde. So weit wird es aber nicht kommen. Aber immerhin kann man auf das Zentrum mit Fingern deuten und sagen: Seht, das sind eure Bundesbrüder!“

Das staatliche Murgkraftwerk.

Großem Interesse begegnete im Staatsvoranschlag für 1914 und 1915 die für die Erbauung des Murgkraftwerks vorgesehene Mittel. Die Gesamtausgaben sind auf 9 Millionen Mark veranschlagt. Für das Bauwerk in Hochbad werden für persönliche Ausgaben jährlich 80 000 M. angefordert, für die beiden Jahre demnach 160 000 M. Die Beamten des Murgkraftwerks werden den einen Gemeinschaftsverband bildenden Beamten im Bereich des Ministeriums des Innern zugezählt. Für das nicht etat-

mäßige Personal, das nach Bedarf eingestellt wird, werden 46 200 M. angefordert; gegenwärtig sind nicht etatmäßig angestellt 3 Diplomingenieure, 1 Elektrotechniker, 2 Tiefbauvermeister, 1 Maschinenführer. Für weiteres Personal, dessen genaue Bedarfssangabe jetzt noch nicht möglich ist, werden 10 000 M. angefordert. Weitere 10 000 M. sind vorgesehen für Stellvertretung, Dienstausschüsse, Dienstreise und Anzugskosten. Für jährliche Ausgaben sind 8 840 000 M. vorgesehen. Die angeforderten 9 Millionen Mark sind nach gesetzlicher Vorschrift im Wege des Anlehens aufzubringen. Im letzten Staatsvoranschlag wurden für diesen Zweck 3 Millionen Mark bewilligt. Die bisher erwachsenen Kosten wurden von der Amortisationskasse vorgeschossen. Die Aufnahme eines Anlehens für das Murgkraftwerk bedeutet eine wesentliche Minderung der badischen Anlehenspolitik, die bisher die Beschaffung von Mitteln im Anlehenswege grundsätzlich auf Eisenbahnbauten beschränkte. Doch handelt es sich hier ebenso wie bei den Eisenbahnen um eine unmittelbare verbundene Anlage, die für die Verzinsung und angemessene Tilgung des Anlehens aus eigener Kraft aufzukommen hat. Dafür, daß letzteres geschieht, sind die erforderlichen Garantien geschaffen vor allem durch die Ausdehnung des Murgkraftwerks aus dem allgemeinen Staatsetat.

Die Förderung der Kraftwagenlinien in Baden durch den Staat.

Dem Voranschlag der Verkehrsanstalten ist eine Denkschrift des Finanzministeriums über die staatliche Förderung der dem öffentlichen Verkehr dienenden Kraftwagenlinien beigegeben. In dieser Denkschrift wird zunächst die bisherige Entwicklung in Baden und diejenige in anderen Staaten behandelt und sodann die Frage erörtert, ob sich auch in Baden die Errichtung staatlicher Kraftwagenlinien empfiehlt. Es wird hierbei betont, daß nach den bisher gemachten Erfahrungen die Großregierung zu der Ansicht gelangt ist, auch in Baden zu dem Betrieb staatlicher Kraftwagenlinien überzugehen. Die Regierung hatte von Anfang an damit gerechnet, daß hauptsächlich gemeinnützige Unternehmungen sich zum Betrieb der Linien bilden würden, insbesondere Zweckverbände von Gemeinden, oder daß einzelne Gemeinden den Betrieb selbst in die Hand nehmen würden. Diese Erwartung hat sich aber nur in sehr beschränktem Maße erfüllt. Der Grund hierfür wird in der Hauptsache in den oft verschiedenen Interessen benachbarter Gemeinden und den daraus entstehenden Eifersüchteleien u. a. zu suchen sein. Auch scheuen sich die Gemeinden, und vielfach nicht ohne Grund, sich mit finanziell bedeutenden Unternehmungen zu befassen, für die ihnen die Erfahrung fehlt.

Die Errichtung eines staatlichen Monopols für die öffentlichen Kraftwagenlinien ist nicht in Aussicht genommen. In Fällen, in denen ein Staat die Errichtung und den Betrieb einer Linie aus irgend welchen Gründen nicht übernehmen will oder kann, sich hierfür aber eine andere Unternehmung findet, soll die Gewährung eines staatlichen Zuschusses möglich sein, sofern es sich um Befriedigung eines allgemeineren Verkehrsbedürfnisses handelt. Es sollen deshalb auch in Zukunft für die Unterhaltung privater Kraftwagenlinien Mittel im Staatsvoranschlag vorgesehen werden. Die Regierung beabsichtigt sodann von den Gemeinden neben der freien Bestellung der Wagenhalle die Gewährleistung der Abschreibungsbeiträge zu verlangen.

Die Denkschrift befaßt sich des Weiteren dann mit den Einrichtungen der staatlichen Kraftwagenlinien im einzelnen. Der Mindestlohn für einen Fahrer soll auf 20 Pf. festgesetzt werden. Außer dem Personal sollen die Kraftwagenlinien auch dem Güterverkehr und der Postbeförderung dienen. In der Schlussbemerkung der Denkschrift wird u. a. betont: Bei der Entwicklung, die der Kraftwagenbau in den letzten Jahren genommen hat und nach den Erfahrungen, die anderwärts mit dem staatlichen Betrieb von Kraftwagenlinien gemacht worden sind, erscheint es unbedenklich und vorteilhaft, nunmehr auch in Baden zu der Errichtung staatlicher Linien überzugehen. Die Errichtung der Kraftwagenlinien soll jedoch den weiteren Ausbau des Eisenbahnnetzes nicht hemmen. Es darf jedoch von der Errichtung der Kraftwagenlinien erwartet werden, daß sie dazu beitragen wird, unerfüllbare oder in absehbarer Zeit nicht erfüllbare Bahnwünsche zurückzubringen.

Die Teilnahme von Schülern am Gottesdienst.

Die vom Ministerium des Kultus und Unterrichts soeben im Schulverordnungsblatt veröffentlichte Bekanntmachung über die Teilnahme von Schülern am Gottesdienst und an sonstigen kirchlichen Veranstaltungen besagt u. a.: Nach den bestehenden Anordnungen der oberen Kirchenbehörden sollen die auf einer Vertag fallenden Gottesdienste und sonstigen kirchlichen Veranstaltungen, an denen Lehrer als Organisten beteiligt sind, soweit die Verhältnisse es gestatten, in die Schulpflicht

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne.

10

(Fortsetzung.)

(Nachdr. verb.)

„Karl Bussel, der jetzt ungefähr 30 Jahre alt sein mag, ist ein geborener Schleier. Er war früher Oberfeuerwerker beim Militär und wurde dann Ingenieur bei den Krupp'schen Werken. Es ist jetzt ungefähr ein Jahr her, daß er mir, ohne mich persönlich zu kennen, plötzlich nach Paris schrieb. Es war am Tag nach meiner Zusammenkunft mit Kluska und Boury in Köln. Bussel gab zunächst allerlei Empfehlungen über sich an und bat mich dann, meinen Einfluß geltend zu machen, um ihn in Frankreich oder Belgien eine Stellung zu verschaffen. Zugleich teilte er mit, daß er drei Erfindungen von Kriegswaffen gemacht habe, die er gern verwerten wolle, und daß er mich gerne beladen möchte. Einige Zeit darauf hatte ich in Brüssel geschäftlich zu tun und teilte Bussel den Tag meiner Ankunft dort mit, im Falle er mich wirklich zu sprechen wünsche. Er kam. Wir hatten eine lange Unterredung miteinander, in deren Verlauf ich versprach, Bussel eine Stelle zu verschaffen und den Verkauf seiner Patente zu betreiben, während er mir Artikel für militärische Zeitschriften, deren Korrespondent ich war einschieben sollte. Nachdem wir unsere Geschäfte erledigt hatten verbrachten wir den Tag zusammen. Bussel schien mir aufrichtig dankbar und freundschaftlich zugehen zu sein. Er bat mich, ihm einen Vorschlag von 200 M. zu geben, da er noch einen Tag länger sich in Brüssel amüsieren wolle.“

In Paris hörte ich dann monatelang nichts mehr von Bussel. Eines Tages schrieb er mir, daß er mich gern wiedersehen möchte, weil er mir einen Artikel über neue Feldgeschütze übergeben wolle. Da ich kurze Zeit darauf nach Braunschweig reisen mußte, so benachrichtigte ich Bussel, der mir antwortete er wolle seine vierzehntägigen Ferien in Schlefien bei seinen Eltern verbringen und wir könnten dann von Köln aus zusammen reisen.

In Braunschweig verbrachten wir den Abend zusammen. Bussel hatte mir einen Artikel mit Zeichnungen über neue Feldgeschütze mitgebracht. Die Krupp an die Republik Ar-

gentinien geliefert hatte. Bussel verlangte 200 M. für die kleine Arbeit, — ich fand die Summe übertrieben hoch, — da gestand er mir weinend, daß er in Schlefien eine Ehrenschuld zu tilgen habe und auf mich seine Hoffnung auf Hilfe gesetzt habe. Ganz gerührt von seiner tiefen Bewegung und seinem Vertrauen händigte ich ihm sofort das Geld ein — und Bussel verscherte mich seiner unendlichen Dankbarkeit. Dann sah ich ihn erst wieder am Tage meiner Verhaftung in Köln. Sie sehen, Herr Untersuchungsrichter, daß zwischen uns niemals die Rede von militärischen Geheimnissen war. Bussel wird Ihnen dies bestätigen.“

Der Richter lächelte. „Genug für heute.“ Er schellte dem Gerichtsdienner.

Die Stunde der Freiheit war nahe, jetzt nur Mut und Entschlossenheit! Wie immer ließ mich der Gerichtsdienner vorgehen. Wir mußten zuerst über einen Flur, dann ein paar Stufen hinuntersteigen und uns links wenden, dann waren wir in dem Gang, der geradewegs ins Gefängnis zurücksührte. Wende man sich aber statt links nach rechts, so befand man sich in dem Wartezimmer mit den Bänken, dessen Türe in die Vorhalle, in die Freiheit führte.

Ich gebe mit raschen Schritten den Korridor entlang. Wie mein Herz klopt! Jetzt sind wir an dem Wartezimmer! Schon will ich mich vorwärts stürzen, als sich die Tür öffnet und ein Herr hereintritt und den Durchgang versperrt. „Vorbei.“ knirsche ich wütend, tue als sei ich gestolpert und gebe ruhig weiter. Vorbei! Ich bersehe meine Rippen und fühle, wie mir die Tränen in die Augen steigen. Ich hätte es ja noch einmal probieren können, aber der Gerichtsdienner mußte doch etwas gemerkt und gemeldet haben, denn bei der nächsten Vorführung wurde ich von zwei Beamten geführt, einer vor und einer hinter mir. Alle Hoffnung auf Flucht war vernichtet.

Die folgenden Sitzungen beim Untersuchungsrichter vergingen damit, meine an Bussel gerichteten Briefe zu durchsuchen. Es schloß nicht eine Zeile; man mußte sie alle, alle bei Bussel beschlagnahmt oder auf der Post aufgefangen waren Konzepte zu Briefen, die Bussel an mich gerichtet haben sollte, und deren Originale ich niemals bekommen

hatte. In diesen Briefen war von nichts als von militärischen Geheimnissen die Rede.

Ich sagte dem Untersuchungsrichter, daß ich von all diesen Briefen nichts wüßte, und ob man mir eine einzige Empfangsbekundigung dieser Briefe nachweisen könne?

„Man hat die Befestigungen bei Bussel nicht mehr vorgefunden.“

„Das glaube ich wohl; denn das Ganze ist Schwindel. Bussel hätte mir nie solche Briefe schreiben können, weil nichts in unseren Beziehungen ihn dazu berechtigt hätte.“

„Sie sind aber an Sie adressiert.“

„Behauptet denn Bussel, mir diese Briefe wirklich zugefandt zu haben?“

Keine Antwort.

Ich verhebe von allem nichts mehr, der Boden wankt unter meinen Füßen. Nur das Eine sehe ich, daß man mich verderben will, verderben um jeden Preis! Die Unterredung war beendet, ohne daß ich die Fäden des geheimen Komplotts gegen mich hätte zerreißen können.

(Fortsetzung folgt.)

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Plutus. Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber Georg Bernhard). Inhalt vom 49. Heft des 10. Jahrgangs: Menschen-Vol. Von Walter Fieber-Wien. Wästen-Schicksalsträger. Von Gerichtsassessor Dr. Rob. Bauer-Frankfurt a. M. — Revue der Presse: Vertufung der Elektrizitätswirtschaft. — Annimberbankiers und Serienloschwindler. — Unzuverlässige Londoner Reichsbankdirektor. — Dauernde Vorteile für den deutschen Export durch die amerikanische Tarifreform. — Hansjand und Arbeitswilligensgesetz. — Grenzen der Behördenspflicht gegenüber dem Arbeitgeber. — Aus den Börsenjalen. — Der Laune und der Wände. — Chi und Genossen. — Bankiers als Jungen. — Revolution im Werfbau. — Gedanken über den Geldmarkt. Von Justus. — Plutus-Merkel. — Warenmarktpreise im November 1913. — Antworten des Herausgebers. — Neue Literatur. — Generalber-sammlungen. — (Abonnement vierteljährlich per Post, Quacht-handlung und direkt vom Plutus-Verlag 4.50 M.) Probehefte gratis in jeder Buchhandlung und vom Plutus-Verlag, Berlin W. 62, Meißnerstraße 21.

Zeit gelegt werden. Auch die Lehrer, die den Organistendienst versehen, haben dahin zu wirken, daß sie nicht ohne zwingende Gründe zur Beforgung dieses Dienstes während der Schulzeit in Anspruch genommen werden.

Eine Befreiung der Schüler vom Unterricht aus Anlaß kirchlicher Veranstaltungen hat im allgemeinen nur dann einzutreten, wenn der Lehrer während der Schulzeit als Organist tätig sein muß und eine Mitberufung seiner Klasse durch einen anderen Lehrer nicht ausführbar ist. Den katholischen Schülern ist der Unterricht freizugeben zum Besuch des Gottesdienstes an Allerheiligen und am Heiligabend, sowie zur Teilnahme an den sogenannten Wittgängen, wo diese Teilnahme in einer Gemeinde auf Herkommen beruht. Wenn einzelne Schüler während der Schulzeit zur Befreiung des Dienstes als Ministranten gebraucht werden, so sind die vom Klassenlehrer auf Ansuchen für die betr. Zeit zu befreien. Um zu verhindern, daß die Inanspruchnahme einzelner Schüler während der Schulzeit zu häufig stattfindet, hat das erzbischöfliche Ordinariat die katholischen Pfarrämter angewiesen, jeweils eine größere Zahl von Schülern der Oberklassen (4. bis 8. Schuljahr) zu Ministranten auszubilden und diese Schüler der Ortschulbehörde zu bezeichnen. Wo ein Schulleiter (Rektor) bestellt ist, sind die Schüler diesem zu benennen. Wenn eine Gemeinde aus Anlaß einer kirchlichen Veranstaltung den Unterricht in weiterem Umfang als vorgesehen, aussetzen will, bleibt ihr überlassen, die betreffenden Tage unter Einrechnung in die ihr nach der Schulordnung zur Verfügung stehende Ferienzeit ganz frei zu geben. Wenn sich im einzelnen Fall Zweifel über das einzuhaltende Verfahren ergeben, ist die Entscheidung des Kreis-Schulamtes einzubohlen.

Man kann nicht behaupten, daß die Verordnung des Ministeriums des Kultus und Unterrichts antikirchlich sei.

Rehl, 8. Dez. Nach einer von der Stadtgemeinde Rehl mit der Justizverwaltung abgeschlossenen Vereinbarung hat die Staatsverwaltung, um der Stadt Rehl die Erschließung der sogenannten Kommissionsinsel als Bauland zu ermöglichen, das Präsidentsitzgebäude und das Amtsgefängnis um den Preis von 63 000 Mk. unter der Bedingung abgetreten, daß die Gemeinde ein Gebäude für Amtsgericht, Notariat und Amtsgefängnis, einschließlich Dienstwohnung für den Amtsvorstand und den Gefangenewart auf ihren Namen und ihre Kosten erbaut und an den Staat auf 15 Jahre gegen Zahlung eines Mietzinses in Höhe von 4 Prozent der Baukosten vermietet. Die Baukosten sollen 300 000 Mk. nicht übersteigen. In dem Staatsvoranschlag für die Jahre 1914/15 werden die Kosten für die innere Einrichtung, soweit die vorhandene nicht ausreicht, für das Amtsgericht mit 6500 Mk. und für das Amtsgefängnis mit 9200 Mk. angefordert.

Der Militär-Skandal in Zabern.

Protestversammlungen gegen die Militärherrschaft.

Drei stark besuchte Versammlungen beschäftigten sich am Dienstag in Bremen mit den Vorgängen in Zabern. Eine scharfe Resolution wurde in allen Versammlungen einstimmig angenommen. — Auch in Verden fand am Dienstag eine Protestversammlung statt.

In Zittau sprach vor einer stark besuchten Protestversammlung der Reichstagsabgeordnete Peirotes. Er forderte zum schärfsten Kampf für die Demokratisierung des Heeres auf. Für die angenommene Resolution stimmten auch eine Anzahl Bürgerliche. — Die Versammlung wurde gleichzeitig zu einer Protestkundgebung gegen den Bürgermeister Dr. Kütz in Zittau, der fortgesetzt in den Stadtverordnetenversammlungen in Reichsbahndirektion gegen die Sozialdemokratie vom Leber zieht. Einstimmig wurde das Vorgehen Kütz verurteilt.

In Neu-Gröbenbach bei Zittau sprach vor einer von über 600 Personen besuchten Versammlung Landtagsabgeordneter Sinnermann-Dresden. Energisch wurde protestiert gegen die militärische Gewalttätigkeit, die sich nicht nur in Zabern, sondern in ganz Deutschland breit macht.

In Augsburg protestierte eine von mehr als 2000 Personen besuchte Versammlung nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Simon gegen die Proklamierung der Militärherrschaft und gegen die Preisgabe der verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte durch den Reichstanzler. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird der Reichstag aufgefordert, mit aller Entschlossenheit auf den Konsequenzen seines Mißtrauensvotums zu bestehen. Die Versammlung war auch von zahlreichen Personen aus bürgerlichen Kreisen besucht.

Mittwoch abend tagte in Köln eine von Fortschrittlichen einberufene Versammlung, in der der reichsländische Landtagsabgeordnete Wolf, derselbe, der von den Nationalliberalen und Mittelständischen in Essen niedergeschrien wurde, einen Vortrag über die Vorgänge in Zabern hielt. In der regen Diskussion nahm ein Fortschrittlicher das Wort, um sich in scharfen Worten gegen den Reichstanzler und gegen das schwächliche Verhalten der bürgerlichen Parteien auszusprechen. Die Fortschrittler dürften, wenn sie nicht allen Kredit verlieren wollen, niemals mit den Nationalliberalen gehen, ihr Platz könne nur an der Seite der Sozialdemokraten sein. Eine Resolution, die sich auch gegen die Offener Vorgänge richtet, wurde einstimmig angenommen.

Die Krankenkassen-Wahlen in Karlsruhe.

Im Vorstand und im Ausschuß der Krankenkassen sind nach wie vor zwei Drittel der Mitglieder Vertreter der Versicherten und ein Drittel Vertreter der Arbeitgeber. Jedoch wird der Vorsitzende nicht mehr mit einfacher Mehrheit gewählt, vielmehr ist nur der gewählte, der die Mehrheit der Stimmen, sowohl aus der Gruppe der Arbeitgeber, als auch aus der Gruppe der Versicherten, im Vorstände erhält. Die Sozialdemokraten beantragten diese Bestimmung zu streichen. Abgelehnt von den Kompromißparteien, mit Ausnahme des nationalliberalen Abg. Dr. Thoma sowie den Zentrumsabgeordneten Dr. Will-Strahburg und Welterle. Kommt eine Wahl nicht zustande, dann ernennt die Aufsichtsbehörde den Vorsitzenden. Auch diese Bestimmung sollte auf Antrag der Sozialdemokraten gestrichen werden. Abgelehnt von den Kompromißparteien, mit Ausnahme der vorhin genannten Abgeordneten. Ähnliche Bestimmungen finden auf die Anstellung von Beamten Anwendung. Hier auf dem Gebiete der Selbstverwaltung haben sich die bürgerlichen Parteien durch den

Bestimmung beschneidet wird, die Krankenkassen einer ähnlichen Starbheit verfallen werden, wie die anderen Versicherungsträger.

Was ist seitdem geschehen, um die Stellung der christlichen Gewerkschaftsleitung zu erklären? Das Gesetz hat den Versicherten die Zweidrittelung der Beiträge belassen, dagegen den Arbeitgebern die Halbierung der Rechte zum Geschenk gemacht. Die Arbeiter haben für die alten Beiträge weniger Rechte! Als einzig greifbaren Vorteil für das Gebiet der Unfallversicherung wurde eine Erhöhung der Rente von Familienvätern mit Kindern unter 15 Jahren gegeben. Für dieses Vinsengericht opfern die christlichen Gewerkschaften also die wichtigsten Arbeiterrechte!

Der christliche Arbeitersekretär Königsbauer-München rief aus: „Die im Gefolge der Gleichmacherei der Beiträge veräußerte Zugrundelegung eines Arbeiterrechts ist eine reaktionäre Maßnahme aller schlimmster Art, die bereits schärfste Zurückweisung erfährt. Wenn auf die Ausnutzung durch die Sozialdemokratie hingewiesen wurde, so ist das noch lange kein Grund, der Arbeiterchaft ein grundlegendes Recht, das sie 25 Jahre lang befehlen, aus der Hand zu nehmen.“

Seite verliert der Ausschuß des christlichen Gesamtverbandes die Sozialdemokratie und ihren „parteilichen Mißbrauch der Beamtenstellen“ für die Venderung des bestanden Zustandes verantwortlich zu machen.

„Sie lügen wie der Teufel...“

Daß die „Christlichen“ aus Prinzip schwindeln, hat nicht nur der bayerische Katholik Dr. Sigl geschrieben, das ist auch durch eine eidlche Zeugenaussage nachgewiesen. In einer Gerichtsverhandlung in Essen (Sue gegen Bruß) sagte der Zeuge Theodor Strötgen (ein Gegner der freien Gewerkschaften) unter seinem Eide:

„Dester habe ich mit Bruß über die Bergarbeiterbewegung gesprochen und gewann die Überzeugung, daß Bruß das nicht öffentlich vertritt, wovon er innerlich überzeugt ist. Vor einiger Zeit war er krank und ich besuchte ihn. Da sprach ich mit ihm über den Streit zwischen den Verbänden. Bruß erklärte mir, Sue sei ein ehrlicher Mann. Auch die Verwaltung des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes sei ehrlich. Als ich ihn dann zur Rede stellte, wie er denn aber dazu komme, die Verbandsleitung und Sue als Gauner und Betrüger hinzustellen, da antwortete mir Bruß: Das ist mein Geschäft!“

So wie hier der ehemalige Führer des „christlichen“ Bergarbeiterverbandes gehandelt, nach dem gleichen Prinzip verfahren die christlichen Agitatoren bei der hiesigen Krankenkassenwahl. Das hiesige „christliche“ Zentrumsblatt hat den Schwindel angefangen und in „christlichen“ Flugblättern wird flott weiter verleumdet. Die katholischen Führer der „christlichen“ Gewerkschaften, die ihr Verhalten bei mehr oder weniger wirtschaftlichen und sozialen Fragen nach den Weisungen ihrer kirchlichen Oberbehörden einrichten müssen, brauchen sich bei der Verleumdung der freien Gewerkschaften nicht nach den Lehren ihrer Kirche zu richten. Die „Christlichen“, die an der Tätigkeit der freigewerkschaftlichen Vertretung bei den Ortskrankenkassen nichts auszusagen wissen, verleumden dennoch, — wohl nur deshalb, weil sie das Verleumden nach dem Vorbild ihres ehemaligen Führers Bruß als ihr Geschäft betrachten.

Die Arbeiterschaft Karlsruhes kennt die Tätigkeit ihrer Vertreter in den Krankenkassen, — sie wird sich von niemandem, am allerwenigsten von den „Christlichen“, dem „Sozialen Ausschuß“ usw., irre machen lassen. Die Krankenkassenmitglieder geben am Montag die Wahlzettel des Gewerkschaftsartikels ab.

Gegen christliche Verleumdung

Auf zum Protest in die öffentl. Krankenkassen-Wähler-Versammlung

Sonntag morgen 1/2 11 Uhr, im großen Saal des „Kolosseum“.

Referenten:

Stadtrat K. Haensch-Heidelberg und Stadtverordneter W. Hof-Karlsruhe.

Die Parole muß bei Jedem heißen:

Auf in die Versammlung ins „Kolosseum“! Gegen die „christlichen“ Unternehmerjüdlinge!

Die „Gnädigen“ machen auch mit.

Großes Heil ist dem arbeitenden Volke widerfahren! Auch die sogenannten bürgerlichen Frauen fühlen sich anlässlich der Krankenkassenwahl bemüht, zum Volke herabzusteigen und sich an dem Wahlgeschäft zu beteiligen. Im „Bad. Landesboten“ lassen sie von Zeit zu Zeit salbungsvolle Redensarten los, um die Frauen und Arbeiterinnen für die bürgerlichen Frauenlisten zu fapern.

Gerührt und ganz hingerissen von so viel Güte und Herablassung werden die Arbeiterinnen, die Vertreterinnen von Nütz und Knopf und den andern Geschäften den Damen nun in die Arme sinken und den bis jetzt so verfannten Freundinnen danken, die nun auch einmal ihr arbeiterfreundliches Herz entdeckt haben, nachdem sie bisher die Arbeiter- und Frauenfragen nur in Kaffeekränzchen und beim „Five o'cla-Tea“ gelöst haben.

Die Arbeiterinnen und Angestellten wissen aber, daß sie von jener Seite, für die sie hauptsächlich tagsüber kämpfen und kämpfen müssen, weder eine Besserung ihrer Lage noch ein wirkliches Verständnis für ihre Bedürfnisse erwarten können. Die Arbeiterinnen wissen von allein, wenn sie zu wählen haben, sie brauchen die Damen mit ihren salbungsvollen Belebungen nicht. Die Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten haben von ihren männlichen Arbeitskollegen gelernt, daß man allemal am stärksten ist, wenn man seine Sache selbst und allein vertritt. Den Bettel um Geld und Hilfe beim Bergertum überlassen sie christlichen Arbeitersekretären. Sie wissen, daß von jener Seite die Beschäftigung mit solchen Dingen weiter nichts ist als ein Sport, eine angenehme Abwechslung in einerlei des täglichen Nichtstuns. Wenn die Damen ernstlich ein Interesse hätten an der Wahrung und Verbesserung der Rechte der Arbeiterinnen, dann müßten sie die Liste des freien Gewerkschaftsartikels empfehlen. Aber es ist ihnen eben nicht ernst mit dem, was sie tun. Wenn es ihnen ernst wäre, dann würden sie zunächst einmal in ihren eigenen Kreisen nach dem Rechten sehen, würden vor der eigenen Tür kehren. Gehören doch gerade die bürgerlichen Frauen hier, die sich so der Krankenkassenwahl annehmen, bürgerlichen Parteien an, deren Vertreter im Reichstag mit dabei waren, Antrag auf Antrag der Sozialdemokratie, der darauf abzielte, den Frauen und Arbeiterinnen mehr Schutz und Fürsorge in der Reichsversicherungsordnung angedeihen zu lassen, niederzustimmen. Wir haben bis jetzt noch nicht gehört davon, daß die Karlsruher bürgerlichen Frauen Protest erhoben hätten gegen diese schwächliche Haltung ihrer Parteifreunde im Reichstag. Wenn die Damen sich sozial betätigen wollen, dann sollen sie also nur zuerst im eigenen Lager beginnen und in ihren eigenen Parteien für Rechte der Frauen eintreten, sollen ihre Männer, die meistens Arbeitgeber sind, veranlassen, in ihren Betrieben geordnete, menschenwürdige Zustände zu schaffen, sollen ihnen das soziale Gewissen schärfen. Wie sieht es aber gerade in Karlsruhe aus? Wo sind denn die bürgerlichen Damen, wenn es gilt, den Verkäuferinnen antändliche Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen zu erringen? Nirgends, gar nirgends hört und sieht man etwas von ihnen.

Darum, Arbeiterinnen, Verkäuferinnen, weibliche Angestellte, laßt euch durch solche Redensarten nicht betören und einseifen. Es steckt nichts dahinter! Eure Liste ist jene des freien Gewerkschaftsartikels. Und diese müßt ihr abgeben, denn dann habt ihr die Gewähr dafür, daß eure Rechte auch energisch und rücksichtslos gewahrt werden.

Kommunalpolitik.

W. Bürgerausschussung in Achern. Am Donnerstag den 18. d. M., findet im Realschul-Gebäude eine Sitzung des Bürgerausschusses statt, der folgende Punkte als Tagesordnung vorliegen: 1. Abhör der Stadtrechnung 1911; 2. Verfündigung der Sparfassenrechnung für 1912; 3. Erweiterung der Wasserleitung in der Casbacherstraße; 4. Fortführung der Wasserleitung in die Unzburgerstraße; 5. Gelände-Erwerb von der Firma Otto Oberholl; 6. Abbruch des Bürogebäudes der ehemaligen Tommerfabrik. Die Sitzung beginnt nachmittags 5 Uhr.

Seine meine neimicken, bittren Kreise schichte nur einem einigheit der leiditimmig angeseheneu Oloider mehrer den Tag habe ich heute noch nicht verpuffen! Redensart, wenn ich die ersten Richter in den Straßen ausgedehnten ledt, nicht er höher loben. In dem Strafen

hoff, haben gar keine Ziele. (Gute Bergarbeiterinnen bonnd) erntenden gleich viel mehr Unteroffiziere, wenn sie in dem Maß- schnitt des abmindernden geschäftlichen gefochten wird, einer

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 12. Dez.

Zum erstenmale plähten gestern die Geister bei der Debatte aufeinander. Zunächst wurden einige Titel aus dem außerordentlichen Etat erledigt, um alsbald mit den Arbeiten beginnen zu können. Dann gabs Wahlrechtsdebatten. Gegen fünf Wahlen waren Proteste eingebracht. Im Wahlkreis Neustadt-Stodach, wo der Zentrumskandidat nur mit 76 Stimmen Mehrheit gewählt wurde, sollen verschiedene Forderungen nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechen und in einem andern Falle ein Wirt Freibier in Aussicht gestellt haben, falls der Zentrumskandidat gewählt wird. Die Mehrheit der Kommission, bestehend aus den Liberalen und Sozialdemokraten hat Erhebungen über im Protest behaupteten „Kleinigkeiten“ zur Tagesordnung übergeben. Es schickte ausschließlich Juristen ins Treffen, die den überzeugenden Beweis lieferten, daß man mit juristischen Sophismen auch die klarste Gesetzesbestimmung in ihr Gegenteil umkehren kann. Ihnen traten die Abgg. Dr. Koch, Kollb, Ben ed ey und H r u m m e l entschieden entgegen. Mit 34 gegen 30 Stimmen wurde schließlich die Wahl des Abg. M a r t i n für beantragt erklärt und die beantragten Erhebungen beschlossen.

Der Protest gegen die Wahl des Abg. Graf (Zentr.) entsprach nicht den geschäftsordnungsmäßigen und gesetzlichen Anforderungen, weshalb über ihn zur Tagesordnung übergegangen wurde.

Gegen die Wahl des Abg. Dr. Wagner (natl.) war von Zentrumseite Einspruch erhoben worden mit der Begründung, es hätten Beamte des Fürstentums Wahlbeeinflussungen ausgeübt. Entsprechend dem Beschluß der Kommission wurde die Wahl für beantragt erklärt und Erhebungen beantragt. Ein Antrag des Zentrums, noch über einige andere Protestpunkte Erhebungen zu machen, wurde abgelehnt. Während das Zentrum bei dem vorhergehenden Protest direkte Verletzungen der gesetzlichen Vorschriften als Kleinigkeiten deklarieren, machte es bei diesem Protest aus der Mücke einen Elefanten.

In der Nachmittagsitzung wurde, nachdem die allseits begrüßte Genehmigung des Gesetzentwurfs über die Vereinigung der Gemeinde Littenweiler mit der Stadtgemeinde Freiburg erledigt war, mit den Wahlprüfungen fortgefahren.

Gegen die Wahl des Abg. Hauser (Zentr.) war aus einer Reihe von Gründen Protest erhoben worden, von denen der wegen ungenügender Beschaffenheit der Hofieräume der bemerkenswerteste war. Das Zentrum versuchte seine vormittags bereits geübte Taktik — die ungenügenden Hofieräume als belanglos hinzustellen — konnte jedoch damit die Mehrheit nicht beeinflussen, die mit Recht betonte, daß alle Vorgänge bei der Wahl und damit auch die Hofieräume den gesetzlichen Vorschriften entsprechen müßten. Mit 32 gegen 30 Stimmen wurde die Wahl des Abg. Hauser beantragt. Abg. Bitter (natl.) hatte sich der Abstimmung enthalten.

Nachdem noch die Wahl des Abg. Schöpfler (Konf.) einstimmig als beantragt erklärt worden war, konnte der Präsident mit den besten Wünschen für die Ferien diese stürmische und letzte Sitzung vor Neujahr schließen. Am 12. Januar wird die Arbeit wieder aufgenommen.

Den Bericht über die beiden Sitzungen müssen wir wegen Raumangel auf die nächste Nummer zurückstellen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 12. Dezember.

Am Bundesratsstisch: Staatssekretär Delbrück. Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst kurze Anfragen. Auf die Anfrage des Abg. Hoff und Genossen (Wf.) wegen des Termins der Bekanntgabe des vorläufigen Ergebnisses der Stichzählung vom 1. Dezember 1913 erklärt Ministerialdirektor Müller: Auf Anregung des Statistischen Amtes ist von den beteiligten Stellen beschlossen worden, den Termin dafür auf den 16. Januar 1914 festzusetzen. Bis Ende Januar 1914 dürfte das Ergebnis veröffentlicht werden können.

Auf die Anfrage des Abg. Jrl (Ztr.), wann der Reichstanzler dem Reichstag die gesetzlichen Vorschriften über die Aufgaben der Verurteilten vorlegen werde, erwidert Ministerialdirektor Caspar: Eine derartige Vorlage werde noch im Laufe dieser Session erfolgen.

Die Genehmigung der Strafverfolgung gegen die Abgeordneten Thiele (Soz.), Hofmann-Rudolstadt (Soz.) und Wenzel (Soz.) wird verweigert. Die internationale Übereinkunft zur Bekämpfung der Pest, Cholera usw. wird in dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Nachtragsetat wegen Beteiligung des Deutschen Reiches an der Weltausstellung in San Francisco führt

Abg. Bassermann (natl.) zur Geschäftsordnung aus, daß nach den Verhandlungen der Budgetkommission und den Erklärungen der Regierungsvorleiter sowie mit Rücksicht auf die ablehnende Haltung der Handelskammern ein Beschluß nicht gefaßt werden konnte und daher im Plenum die Zustimmung zu der Vorlage nicht empfohlen werden könne.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Bei früheren Ausstellungen standen uns mindestens 18 Monate zur Verfügung für die Vorbereitungen. Dies war der knappste Termin. Für San Francisco stehen uns aber, da die Eröffnung für den 15. Februar 1915 festgesetzt ist, nur 14 Monate zur Verfügung. Diese Zeit reicht nicht aus, schon der Transportverhältnisse wegen. Dazu kommt, daß ein organisatorischer Plan für die deutsche Ausstellung fehlt und ein architektonischer Entwurf schwer möglich ist, da noch einmal die Platzfrage gelöst ist. Der Betrag von 2 Millionen Mark würde auch bei weitem nicht ausreichen. (Hört, hört! rechts.) Es ist nicht mehr möglich, eine Ausstellung herzustellen, die dem Namen Deutschland gerade in Amerika, wo besonders hohe Anforderungen gestellt werden, zum Ruhm und zur Ehre gereichen kann und wenn dies nicht der Fall ist, ist jeder Betrag in den stillen Ozean geworfen. (Weisfall.)

Präsident Dr. Kämpf teilt mit, daß der Antrag zurückgezogen worden ist. Darauf wird die Staatsberatung fortgesetzt. Abg. Behrend (w. V.): In der Debatte über Javern wurden wir leider vom Wort abgedrängt. Wir wollten unsere schärfste Mißbilligung über die Vorgänge aussprechen. Diesen Standpunkt haben wir bis heute nicht verlassen. Schimpereien und besonders landsmannschaftliche Uereigen sind beim Militär überall

an der Tagesordnung. Ich bitte den Kriegsminister, dem entgegenzuwirken. Zu bedauern ist, daß bei den Vorgängen in Javern eine tendenziöse Berichterstattung in die Erscheinung getreten ist und daß der Berichtungsapparat nicht funktioniert. Dem Mißtrauensvotum haben wir nicht zugestimmt, da wir prinzipiell nichts unterstützen, was zum parlamentarischen Regime führen kann. Aber die Unterdrückung der Familien, in denen, wie es heißt, sechs Militärdienstjahre abdiene werden, muß die Kommission Arbeit schaffen. Wichtig ist ein besserer Schutz der persönlichen Ehre gegen Verleumdungen durch die und gesellschaftlichen Terrorismus, den Koalitionszwang, sowie die Beschränkung der Koalitionsfreiheit zu beseitigen. Die Sozialpolitik muß sich mehr der Frauen annehmen und auch den Mittelstand mehr als bisher schützen.

Abg. Seyda (Pole): Es erfüllt uns mit Besorgung, daß der Reichstanzler das Mißtrauensvotum als ein Nichts bezeichnet. Die auswärtige Politik ist keineswegs so rosig, wie man sie schildert. Konfliktstoffe sind genügend vorhanden. Die Vorarbeiten gegen eine nationale Minderheit eine Unterdrückungspolitik verfolgen, wie es in Preußen der Fall ist. (Große Vizepräsident Dr. P a r a t e r r i g t den Ausdruck. Zuruf bei den Polen: Ist Tafel!) Seyda schließt: Wir protestieren dagegen, daß der Kriegsminister einen Gegensatz konstruiert zwischen Reichsangehörigen deutscher Nationalität und solchen dänischer, polnischer und sonstiger Nationalität. Die preussische Ostmarkenpolitik treibt die unglücklichsten Völkern.

Abg. Ullers (Welfe): Die Erklärung des Reichstanzlers, daß Kleinigkeiten nicht zum Gegenstand politischer Kompensationen gemacht werden soll, berührt weite Kreise des deutschen Volkes. Das Königreich Hannover ist infolge eines Krieges zu einer preussischen Provinz gemacht worden. Es hat keinen Anlaß zu einem Krieg gegeben. Deshalb war der Krieg ungerecht. In unserem Vestreben befindet sich nichts, was irgendwie staatsgefährlich ist. Den Beschluß der braunschweigischen Frage erkennen auch wir voll an. Wir Hannoveraner sind genau so loyal wie die Braunschweiger. Wir verlangen daher auch Selbständigkeit für Hannover. Wir wollen gleichberechtigte deutsche Brüder sein. Wenn es fruchtloses Bemühen ist, aus Elbsachsen Preußen machen zu wollen, so ist es auch vergeblich, aus Hannover ostpreussische Preußen machen zu wollen. Der Herzog von Braunschweig hat den gegenwärtigen Vorkriegsstand anerkannt. Darin liegt aber keine Anerkennung des Rechtszustandes. Darin liegt wieder direkt noch indirekt ein Verzicht auf Hannover. Der Kampf um die Wiederherstellung des Königreichs Hannover ist uns ein heilige sittliche Pflicht. (Weisfall und Unruhe.)

Abg. Dr. David (Soz.): Wenn wir dem Vordränger folgen wollten, dann müßten wir zunächst einmal die Grenze feststellen, wie sie noch mindestens zu Christi Geburt war. (Große Heiterkeit.) Dieses ewige Recht können wir nicht anerkennen, denn das ist nur das Recht einer kleinen Gruppe, die die Krone trägt. Wenn der Vordränger die Rechte des Volkes verletzen würde, dann hätte er anders sprechen müssen, dann hätte er sich dafür einsetzen müssen, daß der Mehrheit des hannoverschen Volkes das Recht wird. Am zutiefsten mit der ganzen Staatsdebatte kann der Schatzsekretär sein. Er hat von überall her Lob bekommen, weil er den Etat ins Gleichgewicht gebracht hat. Ein großes Kunststück ist das eigentlich nicht, denn wir haben seit 1909 die laufenden Steuern um eine Milliarde erhöht. (Hört, hört! links.) Da ist es doch kein Kunststück, endlich alles ins Gleichgewicht zu bringen, aber ich kann auch ein Lob aussprechen, indem ich mich einverstanden erkläre mit dem Grundsatze, keine Ausgaben ohne Deckung zu machen und Sparanstränge zu üben. Dazu gehört vor allem, daß der Reichstag etwaige neue Forderungen für Kürzungszwecke ablehnt und den Weg

internationaler Verständigung beschreitet. England ist ja dafür kein Hindernis, und mit den skandinavischen Ländern unsere Beziehungen enger zu gestalten, sehe ich auch kein Hindernis. Protest müssen wir erheben gegen das Regime in Rußland, das die größte Schandtat gegen Männer begeht, denen nichts anderes vorzuziehen ist, als daß sie das Beste ihres Volkes wollten und Rußland zu einem Kulturland machen wollten. Der Redner wendet sich dann gegen das Zentrum wegen seiner Haltung zu der Reichsberichterstattungsordnung und gegenüber der sozialpolitischen Gesetzgebung überhaupt. Das Arbeitswilligengesetz ist keine neue Erscheinung und Herr v. Bethmann hat sich daran beteiligt, wie seine früheren Reden beweisen. Als die Wobaiter Prozesse waren, hat er sich auch nicht scheut, in ein schwebendes Gerichtsverfahren einzugreifen.

Arbeitswilligengesetz

bient nur dem Zweck der Sammlung aller reaktionären Parteien und der Reichstanzler ist hinter den Kulissen als treibender Faktor mit im Spiel. Was man beabsichtigt, wird ein Ausnahmegesetz in der Form des gemeinen Rechtes werden. Die Arbeitgeber brauchen keine Streikposten, und die rufen am lautesten nach Schutz vor dem sozialdemokratischen Terrorismus, deren Nachstufung ganz auf Terrorismus aufgebaut ist. Weil die Arbeiter wissen, daß Ausgrenzungen gegen ihre Organisation ausgenutzt werden, deshalb warnen sie auch ausdrücklich, solche zu begehen. Einzelne Ausschreitungen sind in einzelnen Teilen natürlich immer möglich. Dafür darf man die Organisation nicht verantwortlich machen. Der beste Schutz gegen Ausschreitungen ist die Stärkung der Organisation. Wie die Ausschreitungen jenseitiger Arbeiterbewegung beurteilt werden, hat sich in dem Stettiner Prozeß gezeigt, der auch beweist, daß die jegliche Zusammenfassung der Schwurgerichte geändert werden muß. Die organisierten Arbeiter wollen den Arbeitswilligensgesetz nicht, auch die christlichen Arbeiter wollen ihn nicht. In der Geschäftsleiterschaft der Arbeiterorganisationen werden die Schärferen des Reichstanzlers zu schanden werden, wenn auch der Zug mit dem Reichstanzler als Hauptträger, dem Herrn v. Seydewitz mit dem Marschallstab und Herrn Oertel als Bauführer heranzumarschieren. (Große Heiterkeit.)

Die bisherigen Debatten beweisen, daß die große Mehrheit des Reichstages nach wie vor das Verhalten des Reichstanzlers in der

Zaberner Angelegenheit mißbilligt. Worin besteht die schwere Bestrafung des Leutnants v. Fortner? Etwa in acht Tagen Studienarrest, damit er seine Schokolade in Ruhe essen kann? (Große Heiterkeit.) Die gestrigen Verhandlungen gegen die Rekruten beweisen, daß er tatsächlich eine beleidigende Äußerung gegen die französische Fahne getan hat. Ich hoffe, daß er dafür energisch bestraft wird, ebenso für seine Behandlung des lahmen Schüfers. Oder sollte er sich in diesem Falle selber die ausgelegte Prämie haben verdienen wollen? (Heiterkeit.) Die Vorkommnisse beweisen, daß Beschuldigungen die völlige Selbständigkeit geben und das Militärverfahren geändert werden muß. Daß das Verständnis dafür gewonnen ist, das verstanden wir dem Kriegsminister und dem Reichstanzler. Wenn die Herren von der Armee sprechen, meinen sie die Offiziere, die anderen sind die Gemeinen, die man schinden darf, und die sind es doch in erster Linie, welche die Schanden gestiftet haben. Die Offiziere sollen nicht mit anderem Maß gemessen werden als die übrigen Mitglieder der Armee. Als der Redner von dem sogenannten Reichstanzler spricht, rügt der Präsident diesen Ausdruck als unzulässig. Die Folgerung, die er aus seinen Äußerungen bei der Beratung der Geschäftsordnung gezogen habe, sei unzulässig. Es sei damals durchaus kein materiell neues Recht

geschaffen worden, sondern nur beschlossen worden, im Interesse der Beschleunigung von Interpellationsdebatten sie gleich mit einem Antrag zu beenden. Mit diesen Anträgen wird kein staatsrechtlicher, sondern ein moralischer Zwang ausgeübt. So steht auch das Ausland die Sache an. Es wird sich fragen, welche Konsequenzen der Reichstanzler zieht. Den Etat abzulehnen, lehnen Sie (zu den anderen Parteien) ab. Aber jedenfalls haben Sie sich vor der Öffentlichkeit engagiert, Konsequenzen zu ziehen. Man sollte meinen, sie müßten wenigstens in einer Reform des Militärstraf- und Verfassungsrechtes liegen, die uns vor Wiederholungen der Zaberner Vorgänge bewahren. Die Sozialdemokratie lehnt nicht prinzipiell den Etat ab. Ist sie nicht ein der Entwicklung unterworfenen Gebilde? Die Sozialdemokratie ist keine Zwangspartei. Sie will keine Vergewaltigung, sondern sie ist die Partei der Gleichberechtigung aller Bürger und verwirft daher auch die Herrschaft einer Minderheit. Unser Kampf richtet sich gegen die bestehende Massenherrschaft. Wir wollen aber keine neue aufrichten. Wir sind auf dem Wege zu dieser Entwicklung, denn die Freunde des parlamentarischen Systems haben zugenommen. Dieser Entwicklung kann sich niemand entgegenstellen, auch kein Monarch und wer es mit dem Monarchen auch meint, der rät ihm, diese Entwicklung nicht zu hemmen, sondern die Hand dazu zu bieten und er rät ihm auch, die Wahlreform in Preußen durchzuführen. Wir bekämpfen nicht die Rechte des Kaisers, wir kämpfen um die Gewinnung der politischen Ueberzeugung der Mehrheit des Volkes. Das ist

ein Ringen um die Volksseele

und wer dabei der Illusion ist, darüber täuschen wir uns nicht. Da sind wir guter Hoffnung. (Heiterkeit.) Die Beispiele von Frankreich und England können nicht ohne Wirkung auf die Psychologie des deutschen Volkstums bleiben. (Weisfall.)

Reichstanzler v. Bethmann Hollweg: Die von der Sozialdemokratie angeforderten Anträge betreffend die Ernennung und die Entlassung des Reichstanzlers durch das Parlament bedeuten eine völlige Verziehung der Gewalt und eine schwere Beeinträchtigung der Macht des Kaisers, die verfassungsrechtlich fixiert ist. Ich habe früher gesagt, es scheint, als ob eine Kluft zwischen Kaiser und Volk entstände. Der Abgeordnete Dr. David sagt jetzt, es bestände eine Kluft im Meer zwischen Offizieren und Mannschaften. (Sehr richtig! links.) Das beweist, daß die Sozialdemokratie keine Abnung hat, wie es im Meer aussieht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) In den Kriegen ist gerade das Zusammenhalten zwischen Offizieren und Mannschaften für den Erfolg von größter Bedeutung gewesen. Unsere Regimentsfeiern zeigen, wie die alten Soldaten an ihrem Regiment hängen. Das wäre nicht möglich, wenn sie frühe Erinnerungen aus ihrer Militärlaufbahn mitgenommen hätten. (Lebhaftige Zustimmung rechts.) Es ist von der Sozialdemokratie hier eine Kluft konstatiert worden. Der gesunde Sinn des Mannes wird wissen, daß diese Behauptung nicht stimmt. Der Abgeordnete Erzberger hat gestern erklärt, seine Fraktion habe dem Mißtrauensvotum zugestimmt, weil ich Ungehelichkeiten beschönigt hätte. (Sehr richtig!) Ich habe gesagt, daß alle Ungehelichkeiten geführt werden müßten. Das rechtliche Verfahren in der Zaberner Angelegenheit ist eingeleitet worden. Daß sich die Armee gegen Angriffe wehrt, ist ihr geschichtliches Recht. Der Abgeordnete Erzberger hat ferner übersehen, daß ich mich bezüglich der Ausführungen über das Votum nicht gegen die bürgerlichen Parteien gewandt habe, sondern gegen die Sozialdemokratie, die aus der Zaberner Angelegenheit ein Angriff auf die Verfassung herleiten wollte. Die Behauptung, daß ich das Recht nicht geschützt, daß ich den Respekt vor dem Gesetz nicht gewahrt hätte, ist eine Umkehrung des wirklichen Sachverhalts, gegen die ich einschneiden Verwarnung einlegen muß. (Große Unruhe links. — Weisfall rechts.)

Abg. Hoff (W. V.): Den Ausführungen meiner Parteifreunde habe ich nichts hinzuzufügen. Ich konstatiere aber, daß der Reichstanzler nicht das Votum auf die leichte Schulter genommen hat, wie es zuerst aussah und darum will ich mich nicht dazu weiter äußern. Die wirtschaftspolitische Frage beurteilen wir von dem Standpunkt, daß die einheimische Viehzucht im Interesse der Fleischversorgung gefördert werden. Die innere Kolonisation muß energisch gefördert werden.

Abg. Bloss (Soz.): Ich will auf Javern nicht mehr eingehen, ich muß nur die braunschweigische Sache noch einmal besprechen. Man sollte nach den Besprechungen glauben, es gäbe in Braunschweig niemand, der nicht von Jubel erfüllt wäre über den neuen Herzog. Der Reichstanzler hat dem Lande den Begriff „ferndemütig“ gegeben. Die Begriffe ferndeutsch und sozialdemokratisch scheinen ja nicht weit auseinander zu liegen, denn von den drei Mandanten Braunschweigs sind ja zwei in unseren Händen. (Heiterkeit.) Eine Aera für Hofieranten und Kammerherren ist ja gekommen, aber die Frage ist doch nach dem Hammerherrenstandesrecht gestellt worden. Der Reichstanzler hat den Umfall des Bundesrats gelehrt. Wenn das aber keiner war, dann hat es nie einen gegeben und wird es nie einen geben. Der Reichstanzler hat eigentlich die ganze frühere preussische Haltung zu dem Welfensfonds demontiert. Ein Verzicht ist nicht erklärt worden, also erklärt man den Verzicht für unnötig. Der Einwand des Kronprinzen war geschickter als die Haltung des Reichstanzlers, obgleich seine Haltung etwas revolutionär war. Die Frage ist wirklich keine dynastische, sondern eine staatsrechtliche. Bei der braunschweigischen Dynastie kann man von Legitimation nicht mehr sprechen, denn der letzte Herzog ist ja durch eine Revolution auf den Thron gekommen. Die Welfenpartei in Hannover haben sich aufgelöst und haben erklärt, die Nationalliberalen in Hannover seien so arglos, daß man mit ihnen nicht mehr konfuzieren könnte. (Große Heiterkeit.) Es ist hier gesagt worden, das braunschweigische Volk hätte ein Recht auf den Herzog gehabt. Es wäre viel nötiger, wenn es andere Rechte bestäme, ein besseres Wahlrecht z. B., denn das Wahlrecht ist noch schlimmer als in Preußen. Den Braunschweigern war ja von Herzog Karl eine Verfassung schon zugesagt worden. Wir hätten eine Volksabstimmung über die Verfassungsreform gewünscht, wie sie schon Fürst Bismarck einmal angefordert, aber nicht durchgeführt hat. Wir haben eine Himmelshemdenpolitik der Polizei in Braunschweig, wie es Graf Bismarck nicht besser wünschen könnte. Wir protestieren im Namen von 48 000 Braunschweigischen Wählern gegen

diese uns aufgezwungene Dynastie.

(Langandauernde Heiterkeit.)

Nach kurzen Ausführungen der Abgeordneten Koppf (W. V.) und Dr. Oertel (Konf.) schließt die Debatte.

Der Etat wird dann an die Budgetkommission verwiesen. Es folgt die sozialdemokratische Interpellation wegen der Befehung der Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen. Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit.

Abg. Lebebour (Soz.): Gegen die Zusage der Regierung ist der Abg. Liebenow nicht zur Teilnahme an der Kommission zugelassen worden. Wir interpellieren nicht nur wegen unserer eigenen Interessen an der Sache, sondern wegen des Rechts des gesamten Reichstages. Die Veranlassung zum Zustandekommen der Kommission ist geplant. Es ist auch bekannt, daß Liebenow die Verhältnisse bei Krupp zur Sprache gebracht hat. Zu unserer Ueberzeugung hat man auf Seiten der Regierung unfernen Freunde Liebenow sein Vorgehen nicht gebilligt. Er ist der Regierung und den konfuzierten sehr unangenehm geworden. Es ist zwar ausbrüchlich

ausgemacht, daß bei der Berufung der Mitglieder des Reichstags in die Kommission die Wünsche des Reichstags berücksichtigt werden sollten. Damals waren alle Parteien einverstanden. Die Regierung wollte also die Vorschläge des Reichstags respektieren und akzeptieren. Nach unserer Auffassung hätte also, wenn die Worte der Regierung einen Sinn haben sollten, man so verfahren müssen, wie der Reichstag bei der Bildung seiner Kommissionen verfährt. Statt dessen hat die Regierung sich selber die Herren ausgesucht. Schon dieses Verfahren ist nach unserer Auffassung ein Widerspruch gegen ihre eigene Zusage. Wir haben es schon früher unangenehm empfunden, daß die Regierung sich einzelne Herren aus unserer Fraktion herauswählte und haben damals den Beschluß gefaßt, dieses Verfahren in Zukunft nicht mehr zu dulden. Nun ist unser Freund Koste von der Regierung akzeptiert worden. Als zweiten schlugen wir unseren Freund Liebknecht vor, weil gerade er das größte Verdienst an der Sache hatte. Darüber wurde trotz stundenlangem Verhandlungen kein Einverständnis erzielt. Die Gründe der Regierung konnten wir nicht gelten lassen. Es hieß, Liebknecht sei besessenen und voreingenommen in der Sache. Es hieß weiter, er hätte eine präconzipierte Stellung in der Sache eingenommen. Gerade das wäre für uns ein Grund für seine Mitwirkung in der Kommission gewesen. Schließlich hat die Regierung vorgeschlagen, Liebknecht als Sachverständigen hinzuzuziehen. Das war offenbar nur ein Verlegenheitsausweg. Am 22. April sagte der Staatssekretär, es müßten besonders solche Reichstagsmitglieder zugezogen werden, die sich besonders mit der Angelegenheit befaßt hätten und sich als Sachverständige gezeigt hätten. Das ist ja gerade bei Liebknecht der Fall. Ferner wurde von anderer Seite, z. B. in der „Post“, gesagt, Herr Liebknecht würde die Mitwirkung in der Kommission zur sozialdemokratischen Verbeugung benutzen. Das ist eine wertverfälschende Verdächtigung. In der „Deutschen Tageszeitung“ wurde sogar behauptet, Liebknecht sei wegen Landesverrats zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Das ist glatt erlogen. Liebknecht ist nicht wegen Landesverrats verurteilt worden, sondern wegen Vorbereitung hochverräterischer Verhandlungen, und zwar mit Festung. Der Gerichtshof hat das nicht als eine unehrenhafte Handlung angesehen. Bei der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens wäre Liebknecht in der vornehmen Gesellschaft Wismars, der ja die Verfassung geschrien wollte. Eines Tages wurde Koste in die Kommission berufen. Über Liebknecht war, wie es hieß, keine Einigung erzielt worden. Daraufhin lehnten wir überhaupt jede Beteiligung an der Kommission ab. Die anderen Parteien haben keinen Grund gehabt, so zu verfahren, wie wir. Aber wir stehen hier als Verteidiger eines Reichstagsrechts, und da sollten die anderen Parteien mit uns kämpfen. Was uns geschehen ist, kann jeden Tag einer anderen Partei geschehen. Es handelt sich hier um die Verteidigung eines bereits anerkannten und gesetzlich gebotenen Rechtes.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Interpellation erblüht einen Widerspruch zwischen meiner Erklärung vom 22. April und der Nichtberufung des Abg. Liebknecht. Ein solcher Widerspruch besteht nicht. Mir lag daran, diejenigen Herren zu gewinnen, die in Heeres- und Marinefragen besonders orientiert sind. Deshalb hielt ich die Herren Koste und Eitelmann für besonders geeignet. Die Partei schlug indessen statt Eitelmann Liebknecht vor. Liebknecht hielt ich nicht für geeignet, da er eine zu präconzipierte Stellung in der Frage einnehme. Nach den Darlegungen Ledeburs stehe ich nicht einem Wunsche, sondern einer Forderung gegenüber, die ich nicht anerkenne. Ledebur ruft: Wortlauber. Der Präsident ruft ihn zur Ordnung.) Darauf wollten wir Liebknecht als Sachverständigen zuziehen. Die Sozialdemokratie lehnte nun die Beteiligung ab. Ich muß hier sagen, daß es sich bei der Kommission nur um die Erörterung der wirtschaftlichen Frage in der Rüstungsfrage handelt. Wenn dabei andere Fragen wie ausländische Spionage besprochen werden, so muß das weniger temperamentvoll geschehen, als es Herr Liebknecht nicht zum Nutzen des Vaterlandes getan hat. Der Abgeordnete Liebknecht hat diese Dinge zur Sprache gebracht, als die Verhandlungen schwebten. Er hat von einem Panama gesprochen, ein Ausbruch, der keineswegs berechtigt war. Ich wollte den Abg. Liebknecht nicht in der Kommission haben, dessen Auftreten geeignet war, Deutschlands Ansehen im Auslande zu schädigen. (Beifall rechts, Wischen links.)

Auf Antrag des Abg. Haase (Soz.) wird in die Besprechung eingetreten.
Abg. Schiffer-Margburg (natl.): Nachdem einmal der Reichstag auf den Weg des Schreibens des Reichstagszanglers getreten war, konnte der Reichstag nicht mehr auf dem Rechte bestehen. Die Mitglieder für die Kommission selbst zu ernennen. Der Reichstagszangler hatte somit das Recht, aus den vorgeschlagenen Mitgliedern diejenigen auszuwählen, die ihm geeignet erschienen. Es ist wirklich rätselhaft, wenn die ganze große sozialdemokratische Fraktion einzig für Liebknecht eintritt, der sie so hinetriegt hat. (Sehr richtig! bei der Mehrheit. Widerspruch bei Frey Sozialdemokraten.) Die Wortworte, die der Abgeordnete Liebknecht hier mit großer Gewalt erhoben hat, haben sich zum großen Teil als nicht stichhaltig erwiesen, und das Volk hat das selbe Gefühl. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wir sollten uns nicht immer gleich ins Vordringen jagen lassen, wenn irgend eine öffentliche Beschuldigung erhoben wird.
Abg. Wothin (F. Wpt.): Es hätte nichts geschadet, wenn der Abgeordnete Liebknecht ruhig der Kommission angehört hätte. Wir wünschen, daß nicht hinter verschlossenen Türen verhandelt wird.
Frey (F. Wpt.): Die Behandlung des früheren Direktors bei Krupp, Landrat a. D. Höfner vor Gericht war unangehörig. (Beifall.) Auf die Besetzung der Rüstungskommission will ich nicht eingehen.
Abg. Koste (Soz.): Wenn ein Teil der Volksworte in der Kommission überhaupt nicht vertreten ist, muß das Volk von vornherein großes Mißtrauen erregen.
Es handelt sich hier nicht um die Person des Abgeordneten Liebknecht, sondern um ein Recht des Reichstags. Wir sind überzeugt, daß Dr. Liebknecht uns nicht hineingelockt hat, sondern sich ein ewiges Verdienst erworben hat. Wir betrachten die Ablehnung des Abg. Liebknecht als eine offene Parteinahme der Regierung für die kompromittierende Firma Krupp. (Nachträgliche rügt der Präsident einige Ausführungen des Abg. Koste.)
Damit ist die Tagesordnung erschöpft.
Der Präsident wünscht den Abgeordneten ein frohes Fest und gesundes Wiedersehen im neuen Jahr.
Nächste Sitzung Dienstag den 13. Januar, 2 Uhr: Petitionen. Schluß gegen halb 8 Uhr.

Aus dem Lande.

Durlach.
— **Kauf.** Dienstag vormittag verunglückte an dem Neuhau des Herrn Dr. Meyer der 27-jährige ledige Arbeiter Willh. Sauer dadurch, daß er in einen zirkel 2 Meter tiefen Hausentwässerungsschacht stürzte. Er zog sich dabei so erhebliche Verletzungen zu, daß er ins städtische Krankenhaus verbracht werden mußte.
— **Hfenburg.**
— **Gewerkschaftsartikel.** Die Inhaber von Sammelkisten zur Kinderbesicherung werden ersucht, dieselben umgehend zurück-

zugeben zu lassen und längstens bis 18. dieses Monats beim Genossen Verel, Bähringerstraße 19, abzuliefern.
— **Zentrumsterrorismus.** Herr Arbeitersekretär Ziegelmeyer schreibt uns: Eben lese ich in Nr. 289 des „Volksfreund“ eine Notiz aus Offenburg: „Zentrumsterrorismus“. In derselben ist die Vermutung ausgesprochen, als ob hochw. Herr Pfarrkurat Marie und ich den angeblichen Vorwurf, den eine hiesige Firma ihrem Arbeiter gegenüber gemacht haben soll, weil er sich bei der Christentagsfeier für die Liste der „freien Gewerkschaften“ aufstellen ließ, veranlaßt hätten bezw. wir denselben für gut halten würden. Nach einer Rücksprache mit genanntem Herrn kann ich auf das Bestimmteste versichern, daß von unserer Seite keinerlei Schritte bei der genannten Firma in dieser Hinsicht unternommen wurden. Es ist uns noch nicht bekannt, daß von einer andern Seite dies geschehen wäre. Wenn Terrorismusfälle vorkommen, so verurteilen wir dieselben auf unserer Seite ebenso entschieden, wie wenn diese beim politischen Gegner passiert. Die in dem betreffenden Artikel erdohenen Vorwürfe dürften damit wohl gegenstandslos geworden sein. — Vielleicht äußert sich unser Korrespondent zu der Angelegenheit.

Neues vom Tage.

Bergwerksunfälle.
Böhm, 12. Dez. Auf einem Schachte der Zeche „Holland“ wurden durch einen einleitenden Firt zwei Bergleute verunglückt. Dem einen gelang es, sich zu retten, der andere wurde unter den nachstehenden Kohlenmassen völlig begraben. Den Rettungsmannschaften gelang es, sich mit ihm ins Benehmen zu setzen. Er sehte mit, daß er völlig unversehrt sei. Nachdem er 30 Stunden begraben war, wurde er glücklich wieder geborgen.
Währisch-Brann, 12. Dez. Beim Einfahren einer sieben Mann starken Abteilung von Bergarbeitern im „Erna“-Schacht riß das Seil des Förderwerks und alle sieben stürzten in die Tiefe, wo sie sämtlich tot liegen blieben.

Aus der Stadt.

Weihnachtsfeier der Jugend.
Der Jugendauschuß ladet auch in diesem Jahre wieder die Eltern und Freunde der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zu seiner morgen nachmittag um 4 Uhr stattfindenden Weihnachtsfeier freundlich ein. Das Programm enthält Vorträge des Sängerbund „Vorwärts“, sowie der Herren Ballmer und Kretschmar. Die Feste wird Herr Rechtsanwalt Dr. Kullmann halten. Weiter finden sich auf dem Programm noch eine Anzahl Nummern, die von den Jugendlichen selber zur Ausführung gebracht werden, wie Violin- und Mandolinenvorträge, Regitationen, Varietenummern etc. Es ist also Gewähr geboten, für ein paar genussreiche Stunden. Die Feier findet im Saale der Gewerkschaftszentrale, Kottlerstraße 13, statt.

Zur Milchpreistrage.
Eine im „Goldenen Kopf“ stattgefundene allgemeine Milchhändlerversammlung hat einstimmig beschlossen, an dem Preis von 17 und 22 Pfg. festzuhalten und unter keinen Umständen nachzugeben. Es wurde beschlossen, so lange auswärtige Milch zu beziehen, bis die Produzenten den Abschlag vollständig bewilligt haben. Ein großer Teil hat denselben übrigens schon genehmigt.

Ladeneinbruch. In der Nacht vom 11. auf 12. Dezember wurde in die gegenüber dem neuen Hauptbahnhof gelegene Filiale einer hiesigen Speereibhandlung eingebrochen und aus der verschlossenen Ladentasse 10 Mk. 60 Pfg. Wechselgeld, bestehend aus Nickel- und Kupfermünzen, größtenteils fünfcentnigigen, gestohlen; außerdem eignete sich der Dieb Lebensmittel im Wert von ca. 15 Mk. an.

Schwindelhafter Vertrieb von „Gas-Sperr-Regulatoren“. Die Firmen „Schlesische Gas-Zentrale, Breslau V“ und „Preisregulatoren-Gesellschaft in Berlin N., Zionskirchplatz 10“, machen hier in letzter Zeit durch Zuführung gedruckter Mitteilungen Bekanntschaft für sogenannte Gas-Sperrapparate für Gaslampen sowie Gaslöcher und lassen diese Apparate im Wege des Hausierhandels vertrieben. Eine Untersuchung des für Gaslöcher bestimmten, verhältnismäßig teueren Regulatorvorrichtung städtische Gaswerk hat ergeben, daß diese Regulatorvorrichtung nicht zweckmäßig und völlig entbehrlich ist; die Gaslöcher können mit daran befindlichen Sähen ausreichend reguliert werden. Der kleinere, für Gasbrenner bestimmte Apparat ist eine Regulierdüse, also eine für Gasglühbirnenbrenner zweckmäßige Einrichtung, die an solchen Brennern überhaupt vorhanden sein soll. Solche Regulierdüsen sind aber bei allen hiesigen Installateuren etwa zur Hälfte des Preises erhältlich, den die erwähnten Firmen verlangen. Der Stadtrat hat schon im Jahre 1911 das Publikum vor ähnlichen Wucheraktionen einer Berliner Firma gewarnt. Es empfiehlt sich, in Fällen, in denen versucht wird, die Apparate zu vertreiben, ungenäht die Schutzmannschaft oder die Kriminalpolizei zu benachrichtigen, damit gegen diese Firmen und ihre Vertreter gerichtlich eingeschritten wird.

Vortrag im homöopathischen Verein. Der am 9. Dezember im Saale des „Goldenen Adler“ hier stattgefundene Vortrag des Herrn Apotheker Dr. Müller aus Göttingen, dem das Thema „Säurehohlen und Stuhlerstopfung“ zu Grunde lag, war so stark besucht, daß viele Besucher wieder umkehren mußten, da der Saal vor Beginn des Vortrages schon bis auf den letzten Platz besetzt war. Das Thema, das der Referent brachte, war sehr interessant und wird, da sehr viele Personen wegen Platzmangel wieder fortgehen mußten, gegen Ende Februar 1914 wiederholt, worauf wir die Interessenten jetzt schon aufmerksam machen.

Veranstaltungen.

Der Herrenabend des Gesangsvereins „Adonia“ am Samstag nahm in allen Teilen einen sehr befriedigenden Verlauf. Das reichhaltig ausgestattete Programm hielt die zahlreich erschienenen bis in die späten Stunden in fröhlicher Stimmung zusammen. Vielen Beifall fanden die Vorträge des Herrn Schmidt auf dem Tenorhorn. Herr Kalnbach rief mit seiner meisterhaft zum Vortrag gebrachten Liedern größte Begeisterung hervor. Den Klavierpart hatte Kapellmeister Nabe übernommen und führte ihn feinfühlig durch. Ueberaus herzerquickende Aufnahme fanden die Vorträge des Fiedlerbundes, Zither und Gitarre, mit ihren Jodeln und Schnabäppler. Herr Seiter erfreute durch mehrere hübsch vorgetragene Volkslieder. Den humoristischen Teil hatte Herr Eugen Müller übernommen und fand größten Beifall. Ein humoristischer Glückwunschkreis trug wesentlich zum guten Gelingen des Abends bei.
— **Ueber Ossip Gabrilowitsch,** der demnächst hier ein Konzert geben wird, wird uns geschrieben: In den bedeutungsvollsten Ereignissen der diesjährigen Berliner Saison zählt ein Julius von sechs Klavierabenden mit Orchester, an welchen Ossip Gabrilowitsch „Die Entfaltung des Klavierkonzerts“ (von Joh. Seb. Bach bis zur Gegenwart) darstellte. Mit einer von Abend zu Abend wachsenden Begeisterung wurde diese künstlerische Gro-

tat vom Publikum aufgenommen; der eminent feinsinnigen Zusammenstellung der Programme gefellte sich eine Wiederholung von so hoher Vollendung, daß die überragende Stellung, welche Gabrilowitsch unter den Klaviervirtuosen der Gegenwart einnimmt, dadurch neuerlich aufs glänzendste dokumentiert wurde. Ossip Gabrilowitsch vereinigt heute in seinem Spiel die letzten Feinheiten einer zu höchster Kultur gereiften Künstlerkraft.

Letzte Nachrichten.

Reichstagsersatzwahl im 7. Kreise.
Karlsruhe, 12. Dez. Die Reichstagsersatzwahl im dem 7. bad. Wahlkreis Offenburg Oberkirch Rehl für den Abgeordneten Kölsch (natl.), der sein Mandat niedergelegt hat, ist auf Dienstag den 3. Februar 1914 anberaumt worden.

Krankentassenwahl.
Mörsen, 12. Dez. Da für die hiesige Krankentassenwahl zu dem angeetzten Termin kein weiterer Wahlvorschlag eingelaufen ist, findet die auf 30. Dezember anberaumte Wahl nicht statt und die auf dem Wahlvorschlag vorgemerkten Personen gelten als gewählt. Der Wahlvorschlag wurde gemeinsam von allen Parteien aufgestellt.

Scharfmacherzentrale.
Berlin, 12. Dez. Heute wurde in Berlin von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände die Zentrale der deutschen Arbeitgeberverbände für Streikversicherung begründet. Es traten der neuen Organisation sofort Verbände bedeutender Gewerkschaften mit einer gesamten Lohnsumme von 704 Millionen Mark und einer Arbeiterzahl von 675 000 Mann bei. Der Vorsitz wurde dem Vorsitzenden der Vereinigung deutscher Fabrikbesitzer, Ingenieur Garben-Hannover, die Geschäftsleitung dem Syndikus Dr. Laugler übertragen.

Arbeitslosen-Versicherung.
Berlin, 12. Dez. Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung hat einen Antrag eingebracht, eine halbe Million zur Unterstützung von Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen.

Frankfurt a. M., 12. Dez. Nach einer Mitteilung der „Frkf. Nachr.“ ist in Frankfurt die Einführung der Arbeitslosen-Versicherung nun gesichert. Der Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage zugehen lassen, in der vier Gefahrenklassen für die Gewerkschaft vorgesehen sind.

Frankfurt a. M., 12. Dez. Bei der Abstimmung in der Kammer wurde eine Tagesordnung Rainlebe, die der Regierung das Vertrauen ausspricht, mit 293 gegen 187 Stimmen angenommen. Die Tagesordnung fordert die Regierung auf, eine Politik der Reformen mit Hilfe einer ausschließlich republikanischen Mehrheit zu verfolgen. Der Antrag Lebere wurde von der Kammer verworfen und ein Amendement Giour mit 250 gegen 203 Stimmen angenommen, das besagt die Regierung solle die finanziellen Mittel des Landes zunächst den Bedürfnissen der Landesverteidigung vorbehalten. Darauf nahm die Kammer die gesamte Vertrauens-Tagesordnung mit 302 gegen 141 Stimmen an.

Buchdruckerstreik.
Wien, 12. Dez. Wie die Arbeiterzeitung meldet, hat gestern abend eine vertrauliche Versammlung der Buchdrucker und Schriftgießer Niederösterreichs beschlossen, daß die Buchdrucker-Arbeiter und Arbeiterinnen in denjenigen Druckereien Wiens, die die Tarifvorlage bisher nicht angenommen haben, am 13. Dezember ihre Kündigung einzureichen und am 27. Dezember die Arbeit niederzulegen haben. Wegen der Schriftgießer ist noch kein Beschluß gefaßt.

Krawall in der italienischen Kammer.
Rom, 12. Dez. Die Kammer beschäftigte sich heute mit den Vorschlägen der Wahlprüfungskommission über die Wahl im ersten römischen Wahlkreis. Nachdem zahlreiche Reden darüber gehalten wurden, bestimmte der Präsident, daß man zur namentlichen Abstimmung über einen sozialdemokratischen Vorschlag, die Wahl von neuem an die Kommission zurückzugeben, sähre. Darauf hat der Sozialist Turati abermals um das Wort, was ihm der Präsident abschlug, da die Abstimmung im Gange sei. Die Sozialisten versuchten dann die Abstimmung zu verhindern, indem sie beim Namensaufruf jedesmal im Chor antworteten. Dabei kam es zwischen der Majorität und den Sozialisten zu Zusammenstößen und tätlichen Beleidigungen. Der Präsident unterbrach infolgedessen die Sitzung. Als sich dieselben Vorfälle bei der Wiedereröffnung der Sitzung durch den Vizepräsidenten Messio wiederholten wurde die Sitzung aufgehoben. Die Sozialdemokraten stimmten die Arbeiterhymne an, die anderen Deputierten protestierten.

Zur Lage in Mexiko.
New-York, 12. Dez. Die Stadt Cotolan im Staate Hidalgo ist von den Anhängern erobert worden und 1500 Revolutionäre rücken unter dem Befehl des früheren Stierkämpfers Segura auf die Stadt Bachucha vor, die noch 50 Meilen von der Stadt Mexiko entfernt ist. Nördlich von Monterrey ist von den Rebellen ein auf dem Wege nach Cuernavaca befindlicher Militärzug in die Luft gesprengt worden.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Lassalla.) Den verehrl. Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Einzelnungsliste zur Kinderbesicherung, welche am Neujahrstag im „Nüblen Krug“ stattfindet, im Lokale „Auerbach“ aufliegt. Ebenso nehmen die Vortragsoffizier und Vorstandsmitglieder Anmeldungen entgegen. Die erste Probe des Kinderchores findet am kommenden Mittwoch den 17. Dezember, abends 5 Uhr, ebenfalls im „Auerbach“ statt. Schullehrerbuch ist mitzubringen. Ferner geben wir bekannt, daß der Tanzklub am Montag den 15. d. M. beginnt. Tanzstunde findet jeweils Montag und Donnerstag 9 Uhr im Vereinslokal statt. Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder resp. Söhne und Töchter erwünscht. 59802
Wietingheim. (Sozialdem. Verein.) Sonntag den 14. Dezember, nachmittags 3 Uhr, findet unsere Monatsversammlung im Gasthaus zum „Hirsch“ hier statt. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist nötig. 5967 Der Vorstand.

Der Anstalt der Südstadt liegt heute ein Prospekt der Firma Singer Co., Nähmaschinen-Fabrik, Wilhelmstr. 30 bei, auf welchen wir besonders verweisen. 5968

Seite 8.
wäscht brillant
polierte
bel.
eine kombi. engl.
14 Mk., Nacht-
L., Verito mit
5 und 48 Mk.,
isfrant 55 Mk.,
38 Mk. an, so-
setzte Polster-
umöbel in jeder
5679
Sofienstr. 85.
fe-
ener
käse
60
65
bürger
käse
35
40
rischer
käse
75
80
er
galer
D.M.
rer
ht sich
ze
4, 1 Str.
5241
pefen.
are.
0776
eino
eude
einen
ten
oben
an. mit
batt.
erner
fieder-Str.
Firmil

Gesangverein Harmonie

Heute abend 7/9 Uhr:
 Mitwirkung beim Stiftungsfest der Transportarbeiter
 (Sektion Straßenbahner)
 im „Durg Hof“, Karl-Wilhelmstraße.
 Auf verschiedene Anfragen aus Arbeiterkreisen diene zur Aufklärung, daß wir weder aus dem Arbeiterfängerbund ausgetreten, noch beabsichtigen aus demselben auszuschneiden.

5982
Der Vorstand.

Täglich ab 9 Uhr abends
 Sonntags von 4 Uhr ab
 spielt Kapellmeister
Joska Vakos
 und Konzertmeister
Paul Busch
 im Café
Grüner Baum
 Kaiserstr. 3. 5980

Einen guten Fang



macht jedermann der seinen Bedarf in
 Messer u. Stahl-
 waren jeder Art deckt, wo dieselben auch fachmännisch
 geschliffen und repariert werden können. 2888
 Karl Hummel, Werderstrasse Nr. 13, Telephon 1547.

Laden-Eröffnung.
 Einer werten Kundschaft zur gefl. Kenntnis, dass
 ich in meinem Hause
Zähringerstrasse 50
 ein Ladengeschäft eröffnet habe, und dass ich in der
 Lage bin, dank meinem langjährigen leistungsfähigen
 Großhandel in Eiern, Obst- und Südfrüchten,
 besonders preiswert und vorteilhaft zu verkaufen.
 Ich empfehle:
 Eier in vorzüglicher frischer Qualität von 6 1/2 Pfg. an
 Orangen von 3 Pfg. an
 Zitronen 4, 5 und 6 Pfg.
 Wallnüsse 40 und 50 Pfg. per Pfund
 Tafeläpfel, verschied. Sorten, 8-15 Pfg. per Pfund
 Beschädigte Äpfel 5 Pfg. per Pfund
 Blumenkohl 30-60 Pfg. per Kopf
 Kopfsalat (Pariser)
 Bananen, Trauben etc. 5975

Hugo Laue
 Telephon 2494. Zähringerstrasse 50.

Achtung!
 Neuer 1913er Rot- und Weisswein
 von vorzüglicher Qualität
 eingetroffen.
 Ferner verkaufe ich infolge günstigen Einkaufs vom
 13. bis 24. Dezember inkl.

Malaga per 1/4 Ltr.-Flasche **1.10**
Malaga offen per Liter **1.20**

Jaime Miro
 Weingrosshandlung 5927.4
 Ruppurrerstrasse 14, Durlacherstrasse 38,
 Gerwigstrasse 20.
 Mühlburg: Rheinstr. 45, Schillerstr. 23,
 Ludwigshafen und Würzburg.

Schwitz-Tee 25.18
 „Anni“ Liebersche Kräuter, bek.
 Lungen-Tee, erstes Hausmittel à 50 Pfg.
 Drog. O. Mayer, Wilhelmstr. 20.

Hagsfeld Wohnung von 2
 ev. auch 3 Zimmer
 mit Wasser und Gas, in Nähe
 der Bahnhöfe, auf 1. April zu
 vermieten. Schulstr. 49. 5889

Spanische Weingrosshandlung
 ZUM
ECKSCHMITT
 Kaiserstr. 231, Haltestelle der Straßenbahn
 - Telephonruf 205 -

Passendes Weihnachtsgeschenk
 auf die Feiertage empfohlen:

| | | |
|-------------------------------------|-----------------|------|
| Malaga, dunkel | per Flasche Mk. | 2.- |
| Rioja, „Clarete“ | „ „ | 2.- |
| Moscatel de Cataluna | „ „ | 2.- |
| Lussac blanc, franz. | „ „ | 2.- |
| Asti del Piemonte, Ital. | „ „ | 2.- |
| Madeira, echter Inselwein | „ „ | 3.50 |

Als Weihnachts-Geschenk kosten sämtliche 6 Sorten zusammen
nur 10 Mark
 Gleichzeitig bringe ich noch meine sonstigen
reellen Weine und ff. Liköre
 sowie meine vollständig renovierten Lokalitäten in empfehlende
 Erinnerung.
 Auf Wunsch werden alle Bestellungen **frei ins Haus** geliefert
 und sichere prompte und gute Bedienung zu.

Hochachtungsvoll
Juan Ahicart.

5979

Stadt
 Arbeitsamt
Arbeit suchen:
 Stellner, Stellnerinnen, Köche,
 Zwißfrauen,
 Wasch- und Putzfrauen.
 Aufträge erbeten an das
Stadt. Arbeitsamt
 Zähringerstrasse 100 II.
 Telephon 949.

Junge, saubere Frau
 sucht Anstalt im Serbieren. 5886
 Luitensstrasse 47, 3. Stod.

Bucherer
 empfiehlt
Bündel-Holz
 große Bündel 10 S
 25 Bündel 2.25 M
Briketts
 7 Stück 10 S
 Sackner 1.20 M
Bügelkohlen
 2 Pfd.-Palet 14 S
 10 Palet 1.35 M

Bucherer
 in sämtl. Mater.

Bett mit Federbett 25 M, hoch-
 häupt. Bett 40 M, Nach-
 fächchen mit Marmor-S. Kinder-
 schreibpult, verstellb., G. M. Ludwig-
 Wilhelmstrasse 18, Hof. 5868

Spiel-Waren
 grösste Auswahl
 für Knaben u. Mädchen
 finden Sie bei 5755

N. Hebeisen
 Haus- u. Küchengeräte-
 Magazin - Herdlager
 Werderplatz 36 - Tel. 1685
 Klauprochstr. 2 - Tel. 2749
 Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

Vergabung von
Unterhaltungsarbeiten
 und Lieferungen.
 Die beim Stadt. Tiefbauamt
 im Jahr 1914 erforderlich werden-
 den Unterhaltungsarbeiten und
 Lieferungen als:
 1. Zimmerarbeiten, 5674
 2. Pfästerarbeiten,
 3. Lieferung von Eisenwaren,
 4. Lieferung von Sand,
 5. Lieferung von Rhein- und
 Grubensteine,
 6. Lieferung von Zement,
 7. Lieferung von Pflastersteinen
 und Rehrinnenwägen,
 8. Lieferung v. Grundstücksteinen,
 Schrotten und Schotter aus
 Sandstein, oder anderem ge-
 eigneten Material,
 sollen vergeben werden.
 Schriftliche Angebote sind ver-
 schlossen und mit entsprechender
 Aufschrift versehen bis
 Donnerstag, 18. Dez. 1914,
 vormittags 10 Uhr
 beim Tiefbauamt einzureichen,
 wofür die Bedingungen zur
 Einsicht auflegen und Angebots-
 vordrucke abgegeben werden.
 Karlsruhe, den 30. Nov. 1913.
 Stadt. Tiefbauamt.

Schirme
 für Herren, Damen u. Kinder
 in Halbseide und Seide, sowie
 Stochschirme in Seide; ferner:
 eine Partie bessere
Karlruhe, 2. Dez. 1913.
 Stadt. Pfandleihkass.

Zigarren
 billig zu verkaufen. 5985
Madlener, Auktionator
 Ruppurrerstrasse 20.
 NB. Sonntags von 11 Uhr ab
 geöffnet.

Christbäume!
 Ein Waggon Christbäume ist
 angekommen. Nur schöne Ware.
Nebeniusstrasse 6
 und im Garten des Gasthofs
 „Zur Albtal“, bis-a-bis dem
 „Europäischen Hof“. 5989

Ludwig Messert,
 Zimmerstr. Augartenstr. 26.
Herd, gut erhalten, zu
 verkaufen.
 Augartenstrasse 58, partierc.

Fleischverkauf
 Empfehle heute und morgen
 prima
 junges fettes Fleisch p. 870 S
 Schweinefleisch (Bauchlampe)
 per 16 80 S
 Braten u. Kotelett p. 80 S
 Kalbfleisch . . . per 16 90 S
 Speck per 16 76 S

Marienstraße 88
 im Laden. 5981

Pfannkuch & Co
 Frisch eingetroffen:
 Der erste Waggon
Holländer
Blumenkohl
 Kopf 35 u. 40 S
 Frische
Schwarz- 5889
wurzeln
 Pfund 30 S

Pfannkuch & Co
 G. m. b. H.
 In den bekanntesten
 Verkaufsstellen

Puppen
 feingekleidete Puppen,
 Lebergestelle,
 große und kleine Bären,
 Eskimos,
 verschiedene Spielwaren,
 billig zu verkaufen:
Madlener
 Auktions-Geschäft
 Ruppurrerstrasse 20.
 NB. Sonntags von 11 Uhr,
 bis abends geöffnet. 5984

Partei-, Gewerkschaftsossen
 :: Freunde der Arbeitersache ::
 rauchen 4255

TAG-GEN
Zigaretten
 2 - 2 1/2 - 3 - 4 - 5 Pfg.
 Tabakarbeiter-Genossenschaft
 E. G. m. b. H. - Stuttgart.
 Zu haben in Zig.-Geschäften
Töpper, Ruppurrerstrasse 10
 und **Josef Brehm**
 in **Durlach: Otto Hoffmann**

Jeder Dame,
 welche ihr ausgefallenes Haus
 einendet, fertige schöne Zöpfe,
 Haarketten, Puppenverleide-
 usw. billigt an. Defekte Haar-
 arbeiten repariere billig.

Karl Mösck, Friseur
 Allee bei Durlach. 389

Elsässer
Reste-Geschäft
 Viktoriastrasse 10 III
 empfiehlt Reste aller Art für
 Kleider und Plusen, in Samt,
 Seide, Woll- und Wolstoff-
 Bett-, Leib- und Tischwäsche,
 Vorhänge, Stores, Woldecken,
 fertige Herren- u. Damenhemden,
 Hemdenflanelle schon v. 30 Pfg.
 Schweizer Wäschehersteller
 besonders billig.
 Keine Ladenspeisen, daher
 billige Preise. 4778

Schuh-Reparaturen
 liefert preiswert, gut und schnell
 die Schuhklinik Durlach. 12.

Kinderspielwagen
 gut erhalten, billig zu verkaufen
 5719
 Schillerstr. 36, 4. St.

Kindersstuhl, verstellbar,
 Kutschstuhl, doppelt, Kinder-
 stuhl für Zwillinge, gut erhalt.
 billig z. verk. Schillerstr. 36, 11.

Waldhornstr. 49, 4. St. r. ist
 ein einf. möbl. Zimmer
 an Fr. zu vermieten. 5946

Eiswäschmaschine fast neu
 zu verk.
 5925
 Kronenstr. 58. 4. St.

Grosser Weihnachtsverkauf

In allen Abteilungen Auslage vieler Artikel, die sich durch ihre besondere Preiswürdigkeit für den Weihnachtstisch eignen.

HERMANN TIETZ.

Frisch eingetroffen:

Ia. Dampf-äpfel
per Pfund 35 Pfg.
bei 5000
Hermann Vogel
Rastatt.

Zu verkaufen

komf. schönes Bett 80 Mt., 2 Stk. Schrank 18 Mt., neuer Tisch mit eich. Platte 14 Mt., fast neues Vertikow mit Spiegel 88 Mt., Kommode 16 Mt., Nähtisch 5 Mt., schönes eis. Kinderbett und Kinderstuhl, zu 20 Mt. 5424 Umlandstr. 12, part.

Mädchenmügen

sowie alle einschlägigen Handarbeiten, Spitzen, Häkeln, werden bei solider Ausföhrung schnellstens besorgt. Gefällige Aufträge an Frä. Anna Horadam, Lademeistrasse 35, Stb. 2 St., wofolbst Muster eingesehen werden können. 5885

Violine, gute, m. f. Kästen u. 1 Klavier, Klavierwagen sehr billig zu verkaufen. Wähler, Söfienstr. 56, Stb. 1, Eingang, 4. Stock rechts. 5887

Zur Weihnachts-Bäckerei

Preise per Pfund, bei 5 Pfund 2 Pfg. billiger, Zucker ausgeschloffen.

- Mandeln, Ia handgewählte p. Pfd. 1.60
- Ia. Haselnusherne " " .90
- " Citronat, nur Ia " " .80
- " Orangeat " " .80
- " neue Sultaninen ohne Kern " " .80
- " neue Rosinen, extra groß " " .50
- " neue Corinthen " " .50
- " neue Pflaum-Planmen

per Pfd. Palet 40 u. 50 Pfg., vorzüglich a. Rohstoffen

" neue Kranzfeigen per Pfd. 30 Pfg.

" Datteln, offen und in Karton

Malaga-Trauben per Pfd. 80 Pfg.

Orangen, extra große Frucht, von 8 Pfg. an

Citronen dto. von 8 Pfg. an

Ia. Walnüsse per Pfd. 45 Pfg.

" Haselnüsse per Pfd. 45 "

Garant. rein. Bienenhonig per Pfd. 1.00

Kunsthonig (Bachhonig) per Pfd. 40 Pfg.

Täglich frische Caselbutter per Pfd. 1.50

Ia. Pflanzenbutter "Palmarine" per Pfd. 70 Pfg.

dto. "Durlacher Stolz" "Santella" per Pfd. 90 "

Ia. amer. Schweineschmalz per Pfd. 70 "

ff. Backzucker per Pfd. 23 "

" Staubzucker per Pfd. 25 "

Ia. Kuchenmehl 5 Pfd.-Palet . . . 95 "

Div. Gewürze: Zimmt, Anis, Nelken, Streuanis.

Glockschokolade per Pfd. 70 "

Backpulver, Vanillezucker, Vanille, Potasche, Backoblaten, farbige Streuzucker, Wachs

Kauft man gut und billig bei 8012

Hermann Vogel
am Rathaus. Rastatt Telefon 187.

Zuche auf 1. April für kleine Familie eine schöne 2 Zimmerwohnung
Offerten unter Nr 5966 an die Expedition des Volksfreund

Als praktische Weihnachts-Geschenke empfiehlt
Zigarren
in 50 Stück- u. 100 Stück-Packung
in billigen und höheren Preislagen
sowie saub. Aufmachung
5846 die
Zigarren-Fabrik
Carl Wenner, Ave.

Kaffee-Abschlag

stets frisch gebrannt
per Pfund 1.10
bei 5910
Hermann Vogel
Rastatt.

Heberzieher fürdt à 3.—
Herren-Anzüge à 3.50
Damenkleider à 3.—
Färberei Firnrohr
Kaiserstrasse 28. 5885

Nur noch wenige Tage

verkaufe ich im Auftrage moderne Mäntel, Dozener Mäntel, Capes, Herren- und Damschen-Heberzieher, Herren-Anzüge, Damschen- und Kinder-Anzüge, Herren-Hosen, Damen-Mäntel, Kostüme, Blusen, Unterröcke, Pelze, Straußfedern, Phantasies, Outformen, Taschentücher, Krawatten. 5888

Madlener, Auktionsgeschäft, Ruppurrerstr. 20
NB. Sonntags von 11 Uhr bis abends geöffnet.

Bitte.

Für die im städtischen Kinderheim, Sichel-Strasse 11, untergebrachten Kinder und für die Insassen des städt. Altersheimes, Jähringer-Str. 4, soll auch in diesem Jahre wieder eine Weihnachts-Bescherung

besorgt werden.

Wir richten an alle Freunde und Gönner der beiden Anstalten die Bitte, uns durch Zuwendung von Gaben die Veranstaltung einer Weihnachtsbescherung zu ermöglichen.

Zur Empfangnahme von Gaben sind außer dem Unterzeichneten bereit:

für das städt. Kinderheim: Herr Armenrat Fritz Mayer, Inspektor des Hauses, Amalien-Strasse 44, Frau Dr. Sachs-Zittel, Sichel-Strasse 72, Herr prakt. Arzt Dr. Blattner, Hausarzt, Amalien-Strasse 31, und die Vorsteherin der Anstalt, Oberschwester Silda Rehbach, Sichel-Strasse 11;

für das städt. Altersheim: Herr Stadtkar Dr. Selbing, Hausarzt, Stefanien-Strasse 60, und die Vorsteherin der Anstalt, Schwester Marie Wenz, Jähringer-Strasse 4.

Karlsruhe, den 25. November 1918. 5281

Armen- und Waisenrat:
Dr. Gorfmann.

Frisch eingetroffen:

Ia. Edel-Rastanien
per Pfund 21 Pfg.
bei 5911
Hermann Vogel
Rastatt.

Grosse Posten bessere Herren-Kleiderstoff-, Paletot-, Ulster-, Loden- und Kostüm-Reste

sind enorm billig abzugeben.

Kaisersfr. 133, 1 Treppe hoch
Ecke Kaiser- und Kreuzstrasse
Eingang bei der kleinen Kirche.

Erfinder!

Rat und Hilfe durch 4413
Patentbüro Villingen 22 Tel. 159
15 Jähr. Erfahrungen

Im Auktionslokal, Ruppurrerstr. 20

sind billig abzugeben:
Herren-, Damen- u. Kinderwäsche, Schürzen aller Art, Hosenträger, Handschuhe, Spitzenstoffe und Werten, wollene und seidene Kopftücher, Herrenwesten, wollene Damenstrümpfe, Korsetten, Taschentücher, ein Polster, Schnittwaren zu Kleider, Blusen, für Bettbezüge, Tisch-tuchstoff, Vorhangstoff, weiß u. crème, Molton-Tischdecken, Wagedecken, Unterröcke, Untertaillen, Strickwolle. 5887

Madlener, Aktionator.
NB. Sonntags von 11 Uhr ab geöffnet.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Bedarfs an Fleisch- und Wurstwaren, an Brot und Weizen sowie an Milch für das städtische Kinderheim und das städtische Altersheim soll für die Zeit vom 1. Januar bis mit 31. Dezember 1914 vergeben werden.

Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis spätestens

Montag, den 22. Dezember 1918, vormittags 10 Uhr, beim Armen- und Waisenamt (Rathaus, Zimmer Nr. 58), wo auch die Lieferungsbedingungen eingesehen werden können, einzureichen.

Die Angebote sind in Prozenten unter dem jeweiligen hiesigen Genossenschaftspreis zu stellen.

Die Wahl unter den Bewerbern bleibt ausdrücklich vorbehalten. 5728

Karlsruhe, den 8. Dezember 1918.
Armen- und Waisenrat:
Gorfmann. GL

Grosser Weihnachts-Verkauf

Zum Weihnachts-Feste gewähre ich auf meine bekannt billigen Preise einen

Extra-Rabatt von 10%

auf sämtliche Artikel, auf Damen-Hüte ausnahmsweise

20% Rabatt.

Mein reich sortiertes Lager bietet die denkbar günstigste Einkaufs-Gelegenheit von wirklich praktischen Weihnachts-Geschenken.

Kaufhaus A. Decker Freund & Cie.
vormals
Ecke Schulstr. Gaggenau an der Brücke.

Beachten Sie bitte meine 4 Schaufenster.

Engel-Drogerie
 H. Reichard
 Apotheker
 Werderpl. 44
 Telef. 1269



empfiehlt

sämtliche Back-Artikel
 für die Weihnachtsbäckerei

Christbaum-Schmuck.

Mitglied des Rabaff-Spar-Vereins.

5 Prozent Rabatt
 auf sämtliche

Schuhwaren
 von heute bis einschliesslich 16. d. M.

Madlener, Auktions- und Schuh-Geschäft
 Rüppurrerstr. 20. Sonntags von 11 Uhr bis abends geöffnet.

Praktisches Weihnachts-Geschenk!



Haarheilkundiger

Gg. Schneider, Stuttgart, Gymnasialstr. 21 A
 I. Wärt. Naturheil-Anstalt
 nur für Haar- u. Bartwuchsstörungen, sowie Haarpflege,
 Sprüche und Behandlungskuren: 9-12 und 3-7 Uhr,
 Sonntags von 9-12 Uhr.

Jedes Vernünftige

lasse sich den Belehrungsprospekt zur Be-
 handlung der Haare „Von der Wiege bis
 ins Alter“ von obigem Institut kostenfrei
 erntenden

Auf 1. April 1914 schöne
2 u. 3 Zimmerwohnung
 zu vermieten. 5983
 Durlach, Luisenstr. 6.
Grammophon, gut erhall.
 mit 16 Doppelpfatten, bill. 3. verf.
 Durlach, Spitalstr. 18 II.

Als
Weihnachts-Geschenke
 empfehle:
 Herren- und Damenuhren
 Küchen- und Weckeruhren
 Moderne Zimmeruhren
 mit prachtvollem Gong-
 schlag unter Garantie
Georg Müller
 Uhrmacher
 Durlach, Hauptstr. 76a.

Für Kutscher od. Fuhrleute!
 Ein wenig getragener schön.
Mantel,
 für mittlere Figur passend, sehr
 billig zu verkaufen. 5864
 Brauerstraße 21, 1. Etod.

Zu Weihnachts-Geschenken
 empfehle ich 5913
**Herren-, Knaben- und Kinder-
 Hüte und -Mützen**
 Herren- u. Damen-Regenschirme, Kravatten
 Hosenträger, Portemonnaies, Spazier-
 stöcke, Kragen, Kragschoner, Hand-
 Grosse Auswahl. schuhe. Mässige Preise.

Karl Kayser, Mützenmacher,
 Durlach, Hauptstrasse 40.

Zu Weihnachtsgeschenken

empfehle: 5915

| | | |
|---|---|--|
| Schreibzeuge Photographie- rahmen Ansichts-Artikel | Postkarten-Albums Schreib-, Poesie- und Photographie-Albums Briefmarken-Albums | Brieftaschen Portemonnaies Cigarrenetuis |
| Farbkasten besond. reiche Auswahl in Tubenfarbkasten von Mk. 0,80 bis 9.— | Bilderbücher und Jugendschriften | Reisszeuge 75 Pfg. bis Mk. 14.— |
| Schulanzen Schulmappen Schulartikel | Feine Briefpapiere in Kassetten Schreibmappen | Klassiker Gesang- und Gebefbücher Kochbücher |

Photo-Artikel.
Karl Walz, Durlach, am Markt.

Grosse Auswahl in
 elektr. Taschenlampen
 sowie Bestandteile hierzu.
Taschenfeuerzeuge
 in allen Preislagen,
 besonders Radfeuer in
 echten Patronenhülsen
 St. 25 1/2 so lange Vorrat
 Ersatzsteine u. Dochte
 billigst.

Die Eröffnung seiner
Weihnachts-Ausstellung
 in 5715
Galanterie- und Spielwaren
 beehrt sich anzuzeigen
W. Pohle Nachf.
 Inh.: Gustav Doll, Optiker
 Durlach, Hauptstrasse 66.
 Ferner bringe in empfehlende Erinne-
 rung opt. Artikel, opt. Reparaturen
 u. fachmännische Anfertigung in
 Brillen etc. nach ärztl. Verordnung.

Kinematographen
 von 1.25 und höher
Luftschiffe-Aeroplane
Christbaumschmuck
 in grosser Auswahl
Puppen
 gekleidet und ungekleidet,
 Puppenköpfe und -Perücken
 etc. etc.

Spiegel & Wels

Größtes Spezial-Haus der Residenz
 für elegante Herren- und Knaben-
 Bekleidung fertig und nach Maß.

Ulster - Paletots - Anzüge

in besonders großer Auswahl.
 27 verschiedene Herren - Grössen fertig am Lager
 vorrätig.

Praktische willkommene
Weihnachts-Geschenke

wie: Loden-Joppen, Pelerinen
 Einzelne Hosen
 Fantasie-Westen
 etc.

An den Sonntagen vor Weihnachten von 11 Uhr bis abends geöffnet. 5977

Grosser Weihnachtsverkauf

Decken Sie ihren Bedarf an Spielsachen, Christbaumschmuck, sämtlichen Haus- und Küchengeräten als: Emaille, Glas, Porzellan, Korbwaren, Bestecken, Löffel, Hängelampen, Tischlampen, Bierservicen, Weinservicen, Schnapsservicen, Kaffeeservicen, Bürstenwaren etc.

Alles in guter Ausführung und zu billigsten Preisen im

Kaufhaus G. Wasserkampf, Durlach.

Spezialität: Lieferung in Glückshafen- und Geschenkartikeln für Vereine und Gesellschaften zu Extrapreisen. 5982